

Wenn Leipziger*innen träumen

Politik, Kunst, Alltag: Leipziger Stimmen über das,
was sie sich für 2026 wirklich wünschen.

Seite 16

STADTRAT

Haushaltskrise im Stadtrat

Anträge ausgesetzt, Bürgerbüros schließen: Fraktionen fühlen sich übergangen,
die Stadt ringt um Kontrolle und Vertrauen.

Seite 4

POLITIK

Kommunen ausgebootet

Die Landesdirektion gibt den nördlichen Cospudener See für die Schifffahrt frei,
Markkleeberg und Leipzig verlieren Einfluss auf Regeln und Motorboote.

Seite 14

BILD DES MONATS

Silvester in Connewitz

Im südlichen Stadtteil präsentierte sich das gewohnte Bild: Polizeifahrzeuge und Einsatzkräfte wurden mit Flaschen und Böllern beworfen, hier und dort brannte es und an der Haltestelle ging Glas zu Bruch. Eine Polizistin und ein Feuerwehrmann wurden verletzt.

Foto: Tom Richter



Editorial

Von René Loch

Liebe Leser*innen, herzlich willkommen im neuen Jahr. Wie gewohnt haben wir Leipziger*innen gefragt, wovon sie aktuell träumen. Politiker*innen, Künstler*innen und Aktivist*innen haben uns geantwortet. Es geht um Frauenrechte, Solidarität und einen hoffnungsvollen Blick nach vorne. Im Detail können Sie die Träume im Schwerpunkt dieser Ausgabe nachlesen.

In den „Themen des Monats“ fassen wir zusammen, was im Dezember 2025 wichtig war beziehungsweise unsere Leser*innen interessiert hat. Dabei geht es unter anderem um die geplanten Investitionen in den kommenden Jahren, die Zukunft der Agra-Brücke und die Kontroverse um die Schifffahrt auf dem Cospudener See. Natürlich informieren wir auch darüber, was kurz vor Weihnachten im Stadtrat wichtig war. Viel Freude bei der Lektüre!

IMPRESSUM

LZ Medien GmbH
Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig
Tel.: 0341 3065-210, E-Mail: redaktion@l-iz.de
www.l-iz.de

Geschäftsführung: Robert Dobschütz
Amtsgericht Leipzig – HRB 31801

Anzeigenleitung: Robert Dobschütz
Tel. 0341 2288918, r.dobschuetz@l-iz.de

Abonnements und Leserservice:
service@l-iz.de

Redaktion: Lucas Böhme, Konstanze Caysa,
Jens-Uwe Jopp, Ralf Julke, Jan Kaefer, René
Loch,

Lektorat: Petra Dobschütz, Sabine Eicker

Satz und Layout: Henri Selbmann

Diesen Monat in der LZ

STADTRAT

Haushaltskrise, Bürgerbüros und
Vergnügungssteuer
Seite 4

THEMEN DES MONATS

Eine Stadt an der Grenze des Möglichen
Seite 11

Agra-Brücke braucht Extra-Stützen
Seite 12

Mieten: Auf den letzten Drücker
Seite 13

Cospudener See: Kommunen ausgebootet
Seite 14

KOLUMNEN

Konstanze Caysa, Jens-Uwe Jopp
ab Seite 25

RECHT + GERICHT

Vergewaltigung im Rosental
Seite 30



WENN LEIPZIGER*INNEN TRÄUMEN

Ein Land, in dem die Ausbeutung von Frauen endlich ein Ende hat
Seite 16

Klimaneutrales Fliegen möglich machen
Seite 17

Solidarität – ein Traum!
Seite 17

Wer träumt, der lebt
Seite 18

Das Wohl von Vielen wiegt schwerer als das Wohl von Wenigen oder eines Einzelnen!
Seite 19

Hoffnung muss wieder normal werden
Seite 19

Ich träume mir meine Bilder
Seite 21

Demokratie funktioniert nur, wenn alle mitmachen
Seite 22

Träume sind Schäume?!
Seite 23

Weg mit den Strukturen, die Ungleichheit und Unfreiheit erzeugen
Seite 24



Leipzigs Innenstadt-Skyline mit Neuem Rathaus, Bundesverwaltungsgericht, Thomaskirche und dem Westin-Hotel.

KOMMUNALPOLITIK

Der Stadtrat tagte

Themen im Dezember waren u.a. Haushaltskrise, Bürgerbüros und Vergnügungssteuer.

Von Ralf Julke und René Loch

Fraktionen fühlen sich in Haushaltskrise übergangen

Mehrere Fraktionen haben sich im Stadtrat über die Informationspolitik der Verwaltung empört. In der Ratsversammlung am Mittwoch, dem 17. Dezember, hatten CDU, Linke, Grüne und SPD eine Aktuelle Stunde beantragt. Thema war die aktuelle Haushaltslage der Stadt – und dabei vor allem die Entscheidung, Haushaltsanträge aus den Fraktionen auszusetzen.

„Wir haben seit einem Jahr unzählige Stunden damit verbracht, irgendwie eine Mehrheit für den Haushalt zu finden. Diese Arbeit hätten wir uns sparen können“, beklagte CDU-Stadtrat Michael Weickert.

Debatten habe es genug gegeben. „Jetzt ist es an der Zeit, im Stadtrat die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.“ Weder forderte er die Stadtspitze direkt zum Rücktritt auf noch kündigte er ein Abwahlverfahren an. Doch Weickert sagte: „Eine Verwaltungsspitze, die keine Mehrheit hier im Rat hat, sollte sich gut überlegen, ob sie nicht den Weg frei macht.“

Ähnlich aufgebracht zeigte sich Franziska Riekewald aus der Linksfraktion. Weniger als 24 Stunden nach einer Sitzung des Ältestenrates habe die Verwaltung verfügt, die Haushaltsanträge der Fraktionen auszusetzen – ohne das im Ältestenrat anzukündigen oder anzudeuten. „Das nehme ich der Verwaltung wirklich übel“, so Riekewald.

Grünen-Stadträtin Kristina Weyh sprach von Vertrauen, das verloren gegangen sei. „Ich weiß nicht mehr, warum wir mit Ihnen zusammensitzen, verhandeln und nach Lösungen suchen“, sagte sie an die Adresse des Finanzbürgermeisters Torsten Bonew. Vielleicht sei eine externe Beratung für die Haushaltskonsolidierung notwendig. Anja Feichtinger (SPD) wies darauf hin, dass Haushaltsanträge aus den Fraktionen den Vorhaben der Verwaltung gleichgestellt seien. Es entstehe jedoch der Eindruck, dass die Verwaltung die Anträge aus den Fraktionen faktisch entwertet. Diesen Punkt griff auch Linken-Stadtrat Enrico Stange auf, indem er Bonew fragte, warum dieser die Haushaltsanträge der Fraktionen gesondert betrachte. „Es gibt den beschlossenen Haushalt. Punkt.“



Foto: Jan Kaefer

Torsten Bonew, CDU

Bonew antwortete, dass er zustimme und dass es sich nur um eine verwaltungsinterne Formulierung handle. Oberbürgermeister Burkhard Jung stellte später noch klar: „Wir dürfen nicht unterscheiden.“ Doch genau das ist offenbar der Fall und sorgt in Teilen des Stadtrates für Aufregung.

Auch bei Ralf Pannowitsch (BSW), der aber weniger die Verwaltung und mehr die Fraktionen, die die Aktuelle Stunde beantragt hatten, in der Verantwortung sah. Bei den Haushaltsbeschlüssen sei ihm aufgefallen, dass manche Fraktionen ihr „komplettes Wunschkonzert abgespult haben“, obwohl die Probleme damals bereits bekannt gewesen seien. Aus der Freien Fraktion meldete sich Thomas Kumbert zu Wort. Er äußerte vor allem Sorgen über die Situation der Leipziger Kultur – sowohl die großen Häuser als auch die freie Szene. Und in der Verwaltung gebe es große Probleme mit Überlastung.

Finanzbürgermeister Bonew blickte noch einmal auf die Entstehung des Doppelhaushaltes zurück. Seit September 2024 habe er kontinuierlich auf finanzielle

Probleme hingewiesen. Im Ältestenrat habe es gar Überlegungen gegeben, den Entwurf komplett zurückziehen. Nun findet er drastische Worte: „Wir befinden uns im freien Fall“. Der Regierungswechsel im Bund habe nicht den erhofften „Stimmungsumschwung“ in Wirtschaft und Gesellschaft gebracht. Zum Ausgabenproblem sei nun ein Einnahmenproblem dazugekommen, vor allem bei der Gewerbesteuer. Immerhin: Die Förderung für Verbände und Vereine sei auch für 2026 zu 100 Prozent freigegeben. Spätestens Ende Juni werde man die Lage neu bewerten.

Schließung von Bürgerbüros hat vor allem personelle Gründe

Leipzig muss sparen. Da geht es dann auch ans Eingemachte. So wie zuletzt an die Bürgerbüros, die aus Kostengründen geschlossen werden. Das sorgte auch im Stadtrat für entsprechende Aufregung. Denn die Schaffung eines stadtweiten Netzes aus Bürgerbüros war einst ein zentrales Anliegen des Stadtrates. Und nun das: Ohne große Vorankündigung die Schließung

gleich von drei Standorten. Entsprechend viele Fragen hatten dann in der fortgesetzten Ratsversammlung am 18. Dezember die Fraktionen von CDU und Linken.

Die CDU-Fraktion hatte ihre Bauchschmerzen auch gleich in einer Frage gebündelt: „Die seit November 2025 erfolgten und für Januar 2026 geplanten Schließungen von mittlerweile drei Bürgerbüro-Standorten (Südwest-Zentrum am 30.11.2025, Böhlitz-Ehrenberg im Dezember 2025 und Stötteritzer Straße am 30.01.2026) werfen grundsätzliche Fragen zur Transparenz und strategischen Planung des Bürgerservice auf ...“

Und CDU-Stadtrat Lucas Schopphoven setzte da auch gleich an und fragte am 18. Dezember nach. Denn gleichzeitig hatte ja die Verwaltung eine Verbesserung des Bürgerservice in Aussicht gestellt. Auch das hatte die CDU-Fraktion nachgefragt: „Im Oktober 2024 wurde ein neues ‚Amt Bürgerservice‘ gegründet, mit entsprechender Erwartungshaltung seitens Stadtrat und Stadtgesellschaft. Wann wird das übergeordnete Bürgerservicekonzept vorgelegt und auf welcher Basis werden

Foto: Jan Kaefer



Oberbürgermeister Burkhard Jung, SPD

gegenwärtig Strukturrentscheidungen getroffen, bevor der Stadtrat zur Beratung einbezogen wird?“

Gute Frage. Denn nicht nur die Bürger fühlten sich überrumpelt. Auch wenn die Kurzfristigkeit der Meldungen eben auch davon erzählt, dass Leipzig mit dem Haushalt 2025/2026 in eine Situation geraten ist, in der immer hektischer nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden muss. Reihenweise wurden Investitionsprojekte verschoben, hunderte Stellen stehen zur Streichung an.

Bis Sommer 2026 hat Finanzbürgermeister Torsten Bonew eine Haushaltssperre verhängt. Dabei geht es nicht nur um das Einhalten der engen Auflagen, die die Landesdirektion mit der Genehmigung des Haushalts verhängt hat. Es geht auch darum zu verhindern, dass Leipzig immer mehr neue Schulden über Kassenkredite aufnehmen muss und dafür deftige Zinsen zahlt. Die drei Schließungen von Bürgerbüros sind dabei im Grunde ein recht überschaubarer Beitrag. Und auf die Nachfragen von CDU-Stadtrat Lucas Schopphoven gestand Oberbürgermeister Burkhard

Jung auch zu, dass das größte Problem dabei wohl die Kommunikation war.

Auch weil die Schließung doch nicht so unverhofft kam, wie in den Meldungen der Stadt suggeriert. Denn tatsächlich sucht das Verwaltungsdezernat im Hintergrund schon länger nach Möglichkeiten, die nicht so stark frequentierten Bürgerbüros zu ersetzen. Denn so ganz aus heiterem Himmel kam ja die Idee nicht, stattdessen einen Bus anzuschaffen und damit die unterversorgten Ortsteile anzufahren. So einen Bus beschafft man nicht eben mal von heute auf morgen.

Auch die Linksfraktion hatte ja in diese Richtung gefragt und wollte genauer wissen, wann denn nun der Bus tatsächlich in Aktion tritt. Worauf das Amt Bürgerservice mitteilte: „Der Bürgerservicebus wird voraussichtlich im Januar 2026 in Betrieb genommen. Das Einsatzkonzept und die Routenplanung befinden sich derzeit in der Ausarbeitung. Bereits jetzt kann zugesagt werden, dass die Einzugsgebiete Böhmlitz-Ehrenberg und Südwest regelmäßig angefahren werden. Weitere Standorte ergeben sich aus der Standortkonzeption. Neben

dem Einsatz des Bürgerservicebusses im Stadtgebiet wird auch der Bürgerkoffer weiterhin genutzt. Auch sind verschiedene Veranstaltungen und Sondertermine in der Einsatzplanung vorgesehen (z. B. Schulungen/Kurse zum Thema Online-Ausweisfunktion und iKFZ, Forensik, Veranstaltung zu Traumberufen, Sondertermine zu Führungszeugnissen/ in der Feuerwehr etc.).

Der Bürgerservicebus (Vgl. VII-DS-07260 Ausführungsbeschluss Bürgerservicebus) muss aus organisatorischen Gründen und Gründen der Sicherheit immer mit zwei Personen besetzt sein. Dabei handelt es sich um Mitarbeitende aus dem Team 'Mobiler Service' der Abteilung Bürgerbüros. Eine dieser Personen muss die Anforderungen zum Führen des Fahrzeugs erfüllen. Zu jedem Dienst im Bürgerservicebus sind Vor- und Nachbereitungen erforderlich.“

Die monatlichen Kosten für den Bus belaufen sich auf 4.878,02 € inklusive Versicherungen, Fahrzeugverwaltung, Unfall- und Schadensmanagement. Wobei Oberbürgermeister Burkhard Jung auch darauf

hinwies, dass das Amt Bürgerservice vor allem ein Personalproblem hat und es oft kaum möglich ist, alle Bürgerbüros im Stadtgebiet auch mit dem nötigen Personal zu besetzen. Der Bus hilft vor allem, diese Personalsituation zu entspannen.

Aber Linke-Stadtrat Enrico Stange interessierte sich dann auch für die Frage, wie Leipzig denn nun mit der Digitalisierung vorankommt. Immerhin sollten doch viele Meldevorgänge inzwischen digital möglich sein. Einige sind es auch und werden auch von den Bürgern angenommen, gab die Amtsleiterin des Leipziger Bürgerservice Hanna Saur stellvertretend für den abwesenden Verwaltungsbürgermeister Auskunft.

Aber klar sei auch, dass man nicht alle Bürger zwingen könne, ihre Meldevorgänge sämtlich digital abzuwickeln. Bei etlichen Angeboten warte man auch noch auf den Bund. Aber prinzipiell sollten die Angebote der Bürgerbüros weiterhin in beiderlei Form angeboten werden – analog im Bürgeramt und digital. Wie die Stadt konkret vorgehen wird, werde im Bürgerservicekonzept genau aufgeschlüsselt. Wann das jetzt käme, wollten sowohl CDU als auch Linke wissen.

„Das Konzept wird im 3. Quartal 2026 vorgelegt, s. Vorlage VIII-DS-01774 sowie VIII-DS-01769, Beschlusspunkt 4. Für Strukturentscheidungen innerhalb der Verwaltung ist der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig gemäß § 53 Abs. 1 SächsGemO kraft Gesetzes zuständig. Im Rahmen der Konzepterstellung wird die Verwaltung im Fachausschuss Allgemeine Verwaltung informieren“, teilte das Amt Bürgerservice in der Antwort an die CDU-Fraktion mit.

Die Neugier war also berechtigt. Aber die Fraktionen müssen sich noch gedulden. Aber auch die Ungeduld ist verständlich. Lucas Schopphoven merkte es an, dass die Kommunikation zur Schließung der drei Bürgerbüros auch einen fatalen Eindruck machte: Sie stellte die Bürger vor vollendete Tatsachen und war Wasser auf die Mühlen der Demokratieskepsis. Darin gab ihm OBM Burkhard Jung durchaus recht: In der Tat läge diese Gefahr darin. Aber auf Nachfrage bestätigte er, dass weitere Bürgerbüros 2026 nicht zur Schließung anstehen.

Warum bekommt Leipzig City nicht mehrere „Mobile Grüne Zimmer“

Gerade die Leipziger City heizt sich an heißem Sommertagen besonders stark auf. Das spüren alle, die dort dann ihre Freizeit verbringen und froh sind, wenn sie ein schattiges Plätzchen finden. Zum Turnfest im Frühjahr gab es zwei solcher schattigen Plätzchen mehr. Und sie zeigten, dass man (mit wenig Aufwand und ohne die Straße aufzureißen) auch etwas dafür tun kann, dass die Besucher der City ein Plätzchen zum Verweilen und Abkühlen finden. Aber warum sollte man das „Mobile Grüne Zimmer“ und die „Wasserbank“ nicht dauerhaft in der City platzieren? Einen solchen Antrag formulierte die SPD-Fraktion gleich im Sommer. Am 17. Dezember kam der Antrag zum Aufruf.

Und SPD-Stadträtin Pia Heine warb beherzt dafür, dass die Verwaltung alle Möglichkeiten prüft, die beiden Turnfest-Stücke dauerhaft in der Innenstadt zu platzieren. Immerhin war es ja die Stadt selbst, die hier gezeigt hat, wie man mit relativ geringem Aufwand ein bisschen Erholung in den aufgeheizten Stadtraum bringen kann.

„In Kooperation zwischen dem Amt für Sport und dem Referat für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz werden auf der Sonderfläche für Nachhaltigkeit an der Thomaskirche aktuell zwei besondere Ausstellungsstücke bereitgestellt: das ‚Mobile Grüne Zimmer‘ und die ‚Wasserbank‘. Diese beiden ganz besonderen Sitzmöbel werden über das Turnfest hinaus, bis zum 17.07.2025, auf dem Thomaskirchhof verbleiben. Sie bringen lebendiges Grün auf den gepflasterten Platz und sind ein guter Ort für eine gemütliche Pause“, hatte die SPD-Fraktion ihren Antrag begründet.

„Das ‚Mobile Grüne Zimmer‘ ist nach unseren Informationen ein Kompensationsprojekt der Fußball-EM 2024. Aus unserer Sicht ist eine dauerhafte Nachnutzung der beiden Ausstellungsstücke wünschenswert.“ Muss man das also extra beantragen oder kann das zuständige Amt für Stadtgrün und Gewässer die beiden Möbel nicht einfach von sich aus dauerhaft in der City platzieren? Das wohl nicht. Es geht mal wieder ums Geld.

„Beide Objekte verbleiben über das Turnfest hinaus zunächst bis zum 17. Juli 2025 am Thomaskirchhof. Das mobile grüne Zimmer bleibt anschließend noch bis Mitte September im öffentlichen Raum präsent“, erklärte das Amt für Stadtgrün und Gewässer in seiner Stellungnahme.

„Aufgrund der hohen Akzeptanz und der vielfältigen positiven Rückmeldungen zur Nutzung des mobilen grünen Zimmers wird eine dauerhafte Nutzung über den Sommer 2025 hinaus geprüft. Mobile Begrünungselemente wie das MGZ können dazu beitragen, das Mikroklima zu verbessern, schaffen temporäre Aufenthaltsorte mit Aufenthaltsqualität und fördern das Bewusstsein für städtisches Grün, auch in stark versiegelten Bereichen.“

Und man kann sich sogar noch mehr vorstellen: „Auch eine flankierende Nutzung des MGZ in der Innenstadt zu einer Sonderausstellung des stadthistorischen Museums zur kulturhistorischen Entwicklung der Sommer in Leipzig ist denkbar. Vor diesem Hintergrund wird die Erhöhung der Anzahl und Verlängerung der Nutzungszeiträume eines sowie potenziell mehrerer MGZ begrüßt.“

Nur: Zusagen kann die Verwaltung nichts, schon gar nicht vor dem Hintergrund der klammen Haushaltslage. Bleibt also erst einmal nur der Weg der Prüfung, was vielleicht möglich wäre: „Bei der Prüfung sind insbesondere die Aspekte der Kosten und der Aufstellorte zu beleuchten. Im Rahmen der Prüfung werden die Kosten für eine dauerhafte Nachnutzung ermittelt.“

Da Pia Heine den so formulierten Verwaltungsstandpunkt zur Abstimmung stellte, wurde das dann auch so mit 10 Gegenstimmen aus der CDU-Fraktion beschlossen. Die nächste Verwaltungsvorlage wird dann also beziffern, was die Aufstellung mehrerer „Mobiler Grüner Zimmer“ in der Leipzig City kosten würde und ab wann so eine Aufstellung realistisch zu finanzieren wäre.

Warum Leipzig die Vergnügungssteuer nicht einfach erhöhen kann

Eigentlich war der Gabentisch leer am 17. Dezember, zur (vor-)letzten Sitzungsrunde



Foto: Jan Kaefer

Pia Heine, SPD

des Leipziger Stadtrates. Das Jahr 2025 hat unbarmherzig gezeigt, wie die wachsenden Sozialausgaben einer stolzen Stadt wie Leipzig das Wasser abgraben. Ausgaben, die in einer gut ausgesteuerten Republik eigentlich der Staat tragen müsste, also der Bund. Aber die aktuelle Bundesregierung verweigert das Thema genauso wie ihre Vorgängerinnen. Und so nutzten die Grünen die Gelegenheit, als Finanzbürgermeister Torsten Bonew eine Änderung der Vergnügungssteuersatzung vorlegte, zwei bescheidene Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen zu machen.

Beide Vorschläge wurden in der Ratsversammlung am 17. Dezember abgelehnt. Aber nicht, weil sich Finanzbürgermeister Torsten Bonew nicht über ein paar zusätzliche Einnahmen im Stadtsäckel gefreut hätte. Selbst eine leichte Erhöhung des aktuell geltenden Vergnügungssteuersatzes um 0,5 Prozent würde Leipzig rechnerisch über 300.000 Euro einbringen. Eine Summe, mit der man auch die Kosten diverser Bürgerämter bestreiten könnte, die Leipzig nun aus Kostengründen schließen muss. Ein Gedanke, den Grünen-Stadträtin Sylvia Herbst-Weckel in ihrer Rede

anbrachte. Manchmal helfen ja schon kleine Summen, städtische Angebote aufrechtzuerhalten, die jetzt unter dem Spardruck des klammen Haushalts gestrichen werden müssen.

Aber Finanzbürgermeister Torsten Bonew warnte am 17. Dezember dringend davor, die Änderungswünsche der Grünen positiv zu votieren. Auch davor, eine leichte Erhöhung der Vergnügungssteuer auch nur zu prüfen, wie es im zweiten Punkt des Grünen-Antrags stand: „Um weitere Optimierungspotenziale der städtischen Steuereinnahmen zu verwirklichen, wird die Stadtverwaltung beauftragt, eine moderate Erhöhung der Besteuerung von Spieleinrichtungen mit Gewinnmöglichkeiten zu prüfen. Aktuell liegt der Steuersatz von 5 Prozent des Spieleinsatzes in Leipzig unter dem unmittelbar vergleichbaren Steuersatz der Städte Frankfurt und Wiesbaden.

Zwar wurde eine zuvor beschlossene Steuerhöhe von 7,5 % mit Urteil vom 24.02.2016 durch das Sächsische Obergericht Bautzen als rechtswidrig festgestellt, was aber nichts über eine moderatere

Steigerung aussagt. Hier ist eine objektive, sachliche Prüfung der Auswirkungen notwendig. Je 0,5 % Steigerung könnte die Stadt Leipzig jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 321.776,54 EUR generieren.“

Das Problem ist: Wenn Leipzig seine Steuersätze erhöht, haben zum Beispiel Automatenbetreiber das Recht zu klagen und die Erhöhung gerichtlich prüfen zu lassen. Und 2016 hat Leipzig dieses Spiel schon einmal durchgemacht. Und allein die Auseinandersetzung vor Gericht hat Leipzig – so Bonew – einige hunderttausend Euro gekostet. Im Gegenzug bekam Leipzig dann das, was man wohl eine „geprüfte“ Vergnügungssteuersatzung nennen kann. Die darin verankerten Steuersätze sind vom Gericht geprüft und damit rechtlich auch nicht mehr angreifbar.

Hätten sich die Grünen mit ihrem Anliegen durchgesetzt, hätte das – so war sich Bonew sicher – wohl wieder einen Gang vor Gericht nach sich gezogen. Und erst in diesem neuerlichen Gerichtsverfahren hätte es dann die von den Grünen gewünschte Prüfung gegeben. Die hatten ja nun mit einigem Recht auf Frankfurt

Foto: Jan Kaefer



Sylvia Herbst-Weckel, Bündnis'90/Die Grünen

und Wiesbaden verwiesen. Aber beide Städte sind um einiges reicher als Leipzig. Solche Prüfungen vor Gericht kann sich eine Stadt am Ende nur leisten, wenn sie finanziell eigentlich schon auf festen Füßen steht.

Torsten Bonew hat also dringend darum, beide Antragspunkte der Grünen abzulehnen. Was dann am 17. Dezember auch geschah. Leipzig ändert seine Steuersätze für die Vergnügungssteuer also nicht. In der eigentlichen Vorlage des Finanzdezernats ging es auch gar nicht um die Steuersätze, sondern nur um eine formale Anpassung. Denn auch Vergnügungssteuerpflichtige sollen künftig die Möglichkeit haben, ihre Steuer digital anzumelden. Das musste in der Vergnügungssteuersatzung noch verankert werden.

Umbau der Zweinaundorfer Straße auf Sankt Nimmerlein verschoben

Es gab zwar keine Diskussion, als dieser Antrag aus dem Ortschaftsrat Engelsdorf

zum Aufruf kam. Aber er passte in die am selben 17. Dezember stattgefundene Debatte um die Beteiligung des Stadtrates an den Haushaltsentscheidungen der Stadt. Denn die zunehmend klammere Haushaltslage führt inzwischen dazu, dass auch Bauprojekte auf die lange Bank geschoben werden, auf deren Umsetzung Ortschaftsräte wie der in Engelsdorf eigentlich schon seit Jahren warten.

In Engelsdorf ging es eigentlich um den lange zugesagten Ausbau der Zweinaundorfer Straße zwischen Kantor-Schmidt-Weg und Ortsgrenze Baalsdorf/Mölkau. Es ist ein klares Beispiel dafür, wie die Unterfinanzierung der Kommunen den Frust bei den Bürgern wachsen lässt. Demokratie erlebt man nun einmal direkt vor Ort. Und es tut dieser gar nicht gut, wenn wichtige Bauprojekte, um die seit Jahren gekämpft wurde, auf einmal aus Haushaltsgründen wieder bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

Das klang im Antrag, den der Ortschaftsrat Engelsdorf gestellt hatte, auch deutlich an: „Diese Maßnahme wird seit vielen Jahren von einer Haushaltsplanung zur nächsten

verschoben, wobei die Dringlichkeit des Ausbaus, insbesondere von Rad- und Fußwegen, zwischen Stadtverwaltung und den Ortschaftsräten Engelsdorf und Mölkau unstrittig ist. Bei dieser Strecke handelt es sich um eine Radverkehrsrouten des Inneren Fahrradrings (Leipzig-Elbe-Radroute), der jedoch jegliche Ausstattung für den Radverkehr fehlt. Stadtauswärts besteht lediglich rechtsseitig ein schmaler Gehweg – eher als Trampelpfad zu bezeichnen. Für Kinderwagen oder Fahrradanhänger völlig ungeeignet!

Stadteinwärts gibt es nicht einmal das. Aufgrund der schlechten Straßendecke ist der gesamte Bereich für das Radfahren gänzlich ungeeignet. Das Radfahren wird auf dieser Straße zur großen Gefahr. Dabei sind auch hier zahlreiche Schulkinder unterwegs. Der Schulstandort Oberschule Mölkau bildet das Ziel der meisten Oberschüler aus den Ortsteilen Engelsdorf und Baalsdorf. Die meisten Mölkauer Gymnasiasten machen sich täglich auf den Weg ins Gymnasium nach Engelsdorf.

Weiterhin sind die Ortslagen Mölkau und Baalsdorf ein begehrtes Ziel für Hausbauer



Foto: Jan Kaefer

Anja Feichtinger, SPD

Info

➔ Die LZ-Partnerzeitung L-IZ.de wird wie gewohnt live aus der nächsten Stadtratsitzung berichten, die Ergebnisse der einzelnen Beratungen finden Sie immer ab dem Nachmittag des Sitzungstages im Netz unter www.l-iz.de

und das insbesondere für Familien. Neben den bereits entstandenen neuen Siedlungen befindet sich ein weiteres Baugebiet ‚Ziegelstraße‘ in der Entwicklungsphase, unmittelbar an der Zweinaundorfer Straße gelegen. Dadurch ist mit weiterem Zuwachs an Familien und potenziellen Radfahrern zu rechnen.“ Und all das ist nicht neu, sondern beschäftigt den Ortschaftsrat seit Jahren: „Die Ortschaftsräte Engelsdorf und Mölkau stellen seit mehr als 20 Jahren Anträge hierzu, die bislang keine Berücksichtigung fanden.“

Eigentlich war das, wie Anja Feichtinger, Fraktionsvorsitzende der SPD und auch Mitglied im Ortschaftsrat Engelsdorf, betonte, schon ein Haushaltsantrag für den Doppelhaushalt 2025 / 2026. Aber da wurde er schlichtweg nicht berücksichtigt. Also hoffte der Ortschaftsrat in der Neufassung des Antrags auf eine Berücksichtigung im nächsten Doppelhaushalt 2027 / 2028.

Aber auch das wird wohl eher nicht passieren, stellte das Mobilitäts- und Tiefbauamt (MTA) in seiner Stellungnahme für die Stadt fest, auch wenn darin so ein kleiner Hoffnungsschimmer steckte: „Die

Maßnahme wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2027/28 erneute auf eine mögliche Umsetzung geprüft. Eine Aufnahme in den nächsten Doppelhaushalt kann jedoch nur in einer Gesamtabwägung erfolgen.“

Das klingt, als wäre da eine Chance. Aber im Begründungstext erläuterte das MTA dann doch, dass diese Chance sehr minimal wäre: „Die Maßnahme ‚grundhafter Ausbau der Zweinaundorfer Straße zwischen Kantor-Schmidt-Weg und Ortsgrenze Baalsdorf/Mölkau‘ ist bereits im Rahmenplan aufgeführt und ihr grundsätzlicher Bedarf damit bestätigt. In der vorgenommenen Gesamtabwägung aller beschlossenen Vorhaben wurde die Maßnahme nicht für eine Umsetzung 2025/26 priorisiert. Die notwendigen Ressourcen wurden entsprechend im aktuellen Doppelhaushalt nicht berücksichtigt.“

Die Maßnahme kann leider absehbar auch im kommenden Haushaltsjahr 2027/2028 mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht berücksichtigt werden. Es zeichnet sich ab, dass die geplanten Vorhaben des Rahmenplans Mobilität für 2025/26 aufgrund

der sich zuspitzenden Haushaltslage nicht umgesetzt werden und sich in die kommenden Jahre verschieben müssen. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2027/28 und der Behandlung durch den Stadtrat wird eine erneute Abwägung erfolgen.“

Anja Feichtinger stellte dann trotzdem den Verwaltungsstandpunkt zur Abstimmung. Denn hier wurde deutlich, was es heißt, wenn Kommunen in ihrer zunehmenden Überschuldung geradezu gezwungen werden, eine Investition nach der anderen zu streichen. In der Prüfung für 2027/2028 wird das Baudezernat kaum zu einem anderen Ergebnis kommen.

Und besonders die Radfahrer werden weiterhin mit Frust und dem Gefühl steter Gefährdung auf der Zweinaundorfer unterwegs sein. Und sich dabei fragen, wer eigentlich für die immer neue Verschiebung des Straßenumbaus tatsächlich den Hut aufhat. Die Ratsversammlung stimmte dem Verwaltungsstandpunkt dennoch einstimmig zu. Das Gefühl macht sich breit, dass der Stadtrat bei Investitionsfragen tatsächlich zunehmend an Einfluss verliert. ■

POLITIK

Eine Stadt an der Grenze des Möglichen

Leipzig plant 2027 und 2028 Investitionen von 300 Millionen Euro.

Von Ralf Julke

Es klingt geradezu tapfer, wenn Leipzigs Verwaltung erklärt: „Investieren in schwierigen Zeiten: Die Stadt Leipzig plant auch für die Jahre 2027 und 2028 Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe. Insgesamt sollen pro Jahr 300 Millionen Euro in die Zukunftsfähigkeit der Stadt investiert werden, 180 Millionen Euro davon bringt die Stadt über Kredite aus dem eigenen Haushalt auf, die übrigen Gelder fließen über Förderprogramme von Bund und Freistaat. Schwerpunkte sind dabei der Schulbau, die Verkehrsinfrastruktur sowie die Grün- und Wasserflächen in der Stadt.“ Kredite aber sind Schulden. Nichts anderes.

Gezwungen zum Schuldenmachen

Schon im Sommer 2025 erreichte der Leipziger Schuldenstand mit 1,2 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert. Dazu kommen dann noch die neuen Schulden, die Leipzig 2025 und 2026 mit gnädiger Erlaubnis der Landesdirektion Sachsen aufnehmen darf. Was wie ein Zugeständnis wirkt, aber in Wirklichkeit eine Zumutung ist. Denn Kommunen wie Leipzig müssten ihre Investitionen komplett aus eigenen Einnahmen finanzieren können. Dann wäre die Finanzsituation gesund.

Aber mittlerweile belasten – vorsichtig geschätzt – eine Dreiviertelmilliarde Euro an Sozialausgaben, die der Bund nicht gegenfinanziert, den Leipziger Haushalt. Was nun einmal bedeutet: Sie verzehren die Eigenmittel, die die Stadt über Steuern einnimmt, und sorgen dafür, dass Investitionen nur noch über neue Schulden getätigt werden können.

Mit den am Mittwoch, dem 17. Dezember, vorgestellten Zahlen machte OBM Burkhard Jung deutlich, dass er auch im nächsten Doppelhaushalt nicht damit rechnet, dass die aktuelle Bundesregierung die Finanzlage des Bundes in den Griff bekommt, die Kommunen also weiter von den übertragenen Sozialausgaben erdrückt werden.



Noch drehen sich die Baukräne in Leipzig.

Wenn auch die Landesebene knausert

Und dazu kommt das Problem der gekappten Fördergelder, insbesondere auf Landesebene.

„Für die Stadt Leipzig steht fest: ohne umfangreiche und auch neue Förderprogramme sind die notwendigen Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur kaum zu stemmen“, formuliert das Finanzdezernat die Probleme, die auch 2027 und 2028 die städtischen Investitionen betreffen.

„An Eigenmitteln plant die Stadt allein für den Schulbau und deren bauliche Unterhaltung im Jahr 2027 und 2028 Investitionen in Höhe von jeweils knapp über 100 Millionen Euro, der Eigenmittelanteil liegt hier bei rund 70 Millionen Euro pro Jahr. Zweiter Schwerpunkt sind Brücken und Straßen, hier plant die Stadt mit künftigen Eigeninvestitionen in Höhe von jährlich rund 35 Millionen Euro, inklusive der Fördergelder beträgt das Investitionsvolumen rund 50 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu kommen jährlich fünf Millionen Euro als Investition in die Wärmewende der Stadt.“

„Mit diesem Investitionsprogramm geht die Stadt an die Grenzen des Möglichen“, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung am Mittwoch. „Die Schulpflicht genießt oberste Priorität, die Schülerinnen und Schüler sollen in Leipzig in Schulen unterrichtet werden, die modernen Anforderungen gerecht werden. An zweiter Stelle folgen die Investitionen in die Verkehrs- und Energieinfrastruktur; sie sind entscheidend auch für die Wirtschaftsentwicklung unserer Stadt. Dabei muss klar sein: Ohne weitere Förderprogramme von Bund und Freistaat wird es in den nächsten Jahren nicht gehen. Die Kommunen sind bereits unter Wasser.“

Wenn immer mehr Investitionen verschoben werden

Oberbürgermeister Jung und die acht Beigeordneten hatten sich in den vergangenen Wochen mehrfach in Klausuren über die künftigen Investitionsmöglichkeiten der Stadt beraten. Der Doppelhaushalt 2025/26 mit einem jährlichen Volumen von rund 2,8 Milliarden Euro war erst im September durch die Landesdirektion genehmigt worden, verbunden mit strengen Auflagen zur sparsamen Haushaltsführung und bei neuen Kreditaufnahmen, die im Wesentlichen nur für neue Infrastrukturprojekte aufgenommen werden dürfen.

Finanzbürgermeister Torsten Bonew ging dann noch auf die Tatsache ein, dass die Sparpolitik insbesondere des Freistaats Sachsen dafür sorgt, dass immer mehr wichtige Investitionen in Leipzig in spätere Finanzjahre verschoben werden müssen.

„Wir halten die Investitionen der Stadt auf einem hohen Niveau. Je nach Höhe neuer Förderprogramme können wir auf bestehende Planungen zurückgreifen, weitere Projekte rutschen dann nach und können umgesetzt werden. Aus unseren Eigenmitteln muss das Investitionsvolumen aber deutlich unter 200 Millionen Euro bleiben, um die Genehmigung des Doppelhaushalts nicht zu gefährden.“ ■



POLITIK

Agra-Brücke braucht Extra-Stützen

Für Radfahrer und Fußgänger gilt jetzt Umleitung.

Von Ralf Julke

Die Brücke der B2 im Agra-Park.

Jahrzehnte der unterlassenen, verschobenen, nicht finanzierten Investitionen rächen sich. In ganz Deutschland. Aber auch im schönen Sachsen, wo sich eine CDU-Regierung nach der anderen stolz auf die Schulter klopft, weil sie sich Schwarze Nullen zusammenspart. Auf Kosten der Kommunen. Und auf Kosten überfälliger Infrastrukturinvestitionen wie in die Brücke der B2 im Agra-Park. Hier wäre zwar der Bund als Investor dran, aber auch der spart sich auf Kosten der Infrastrukturen „gesund“. Wie kaputt die Agra-Brücke ist, wird in den nächsten Tagen auch für Radfahrer und Fußgänger sichtbar.

Denn um die Nutzung der geschädigten Brücke noch ein paar Jahre zu sichern, bis überhaupt ein Ersatzneubau finanziert ist, muss sie jetzt besonders abgestützt werden.

Um die stark geschädigte Agra-Brücke in Markkleeberg weiter zu entlasten, sollen im Januar und Februar 2026 im Auftrag des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LaSuV) zusätzliche Stützen an der Brückenunterseite installiert werden. Dafür ist bereits jetzt der parallel zur Brücke führende Weg für Radfahrerinnen

und Fußgänger gesperrt worden, teilt das Mobilitäts- und Tiefbauamt (MTA) der Stadt Leipzig mit, in den kommenden Wochen sind auch zeitweise die Unterführungen betroffen.

Ostseite muss extra gestützt werden

Hintergrund ist, dass dem LaSuV die Ergebnisse der Sonderprüfung der Brücke nun vollständig vorliegen und demnach weitere Maßnahmen umgesetzt werden sollen, um eine Vollsperrung zu vermeiden. Alle östlichen Brückenfelder sollen durch zusätzliche Stützen verstärkt werden. Um diese herzustellen, müssen im Agra-Park unter und neben der Brücke ein Baufeld errichtet und das Baumaterial durch den Park antransportiert werden. Weil die umliegenden Brücken lastbeschränkt sind, kann der Baustellenverkehr nur über die nördliche Zufahrt Goethesteig/Im Dölitzer Holz und auf den Parkwegen geführt werden.

Bereits ab Montag, 15. Dezember, werden die Bauzäune zur Absicherung des Baufeldes geliefert und aufgebaut.

Bis voraussichtlich Ende Februar 2026 kommt es zu Einschränkungen im Park. Die Unterführungen werden dabei nacheinander gesperrt, sodass immer eine Quermöglichkeit bestehen bleibt. Alternative Routen für Fußgängerinnen und Radfahrer werden ausgeschildert, verspricht das MTA.

Baufahrzeuge fahren die Brücke vom Goethesteig über die Straße Am Dölitzer Holz an und entsprechend auch wieder zurück. Zum Schutz aller Verkehrsteilnehmer ist die Geschwindigkeit hier auf 10 Kilometer pro Stunde begrenzt. Auf dem Parkplatz am Goethesteig wird eine Aufstellfläche eingerichtet, um den Baustellenverkehr zu disponieren.

Die Agra-Brücke wurde zwischen 1970 und 1976 erbaut und führt im Zuge der B2 über den Agra-Park. Rund 30.000 Fahrzeuge nutzen die Querung täglich. Eine Sonderprüfung durch das Sächsische Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung hat gravierende Schäden im Spannstahl der Brücke ergeben. Dieser stammt in Teilen aus Hennigsdorfer Produktion, der seit dem Einsturz der Dresdner Carolabrücke unter Beobachtung steht. ■

Foto: Marko Hofmann

POLITIK

Auf den letzten Drücker

Sachsen verlängert Mietpreisbegrenzungsverordnung für Dresden und Leipzig.

Von Ralf Julke



Wenn's mal wieder kalt wird in Leipzig.

Eine Stadt wie Leipzig hat nicht viele Instrumente, um den Mietanstieg in der Stadt zu bremsen. Eines der wenigen Instrumente ist die Mietpreisbremse. Doch genau die drohte zum Jahresende auszulaufen. Noch kurz vor Toresschluss hat nun die Sächsische Staatsregierung am Dienstag, dem 2. Dezember, die Mietpreisbegrenzungsverordnung beschlossen, die eine Verlängerung der bisherigen Regelung für Dresden und Leipzig bis zum 30. Juni 2027 vorsieht.

Damit wird die Mietpreisbremse in den beiden Städten ohne Unterbrechung fortgeführt. Die Regelung betrifft Mietwohnungen in besonders nachgefragten Lagen, um Mieterinnen und Mieter vor überhöhten Mieten zu schützen. Gleichzeitig wird die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum gefördert.

„Bei der Verlängerung der Mietpreisbremse haben wir einen fairen Ausgleich zwischen dem Schutz der Mieter und den berechtigten Interessen der Eigentümer erreichen wollen. Die Mietpreisbremse bringt den Mietern in den angespannten Wohnungsmärkten von Leipzig und Dresden eine Entlastung. Gleichzeitig

gilt es, den Wohnungsbau weiter zu forcieren, damit wir langfristig deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum sichern“, erklärte am Dienstag Staatsministerin Regina Kraushaar.

„Ein aktiver Wohnungsbau, der Investitionen ermöglicht und Anreize schafft, ist für uns der nachhaltigste Weg, die Wohnungsmärkte zu stabilisieren und Instrumente wie die Mietpreisbremse überflüssig zu machen.“

Gutachter sollen den sächsischen Wohnungsmarkt untersuchen

Die Staatsregierung stelle zudem sicher, dass die Entwicklung des Wohnungsmarkts kontinuierlich überwacht werde, betonte das Sächsische Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung. Ein externes Gutachten der Empirica AG, Berlin soll die Marktbedingungen im gesamten Freistaat umfassend untersuchen. Auf Grundlage dieser Analyse werde die Staatsregierung voraussichtlich im dritten Quartal 2026 entscheiden, ob weitere Maßnahmen zur Entspannung des Marktes erforderlich sind.

Die Verordnung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft. Damit wird eine lückenlose Weiterführung der Mietpreisbremse in Dresden und Leipzig gewährleistet. Die Mietpreisbremse in Sachsen wurde bereits im Oktober 2025 zur Anhörung freigegeben. Nach der jetzigen Entscheidung wird die Verordnung nach einer weiteren Prüfung der Stellungnahmen aus der Anhörung finalisiert und dann veröffentlicht.

Juliane Nagel: Ohne Sanktionen bei Mietwucher hilft die Mietpreisbremse kaum

Ein Problem bei der ganzen Diskussion ist freilich, dass den Kommunen wirklich wirksame Sanktionsmittel gegen Mietwucher fehlen. Denn einige Vermieter halten sich ja bekanntlich nicht an den vorgegebenen Rechtsrahmen und versuchen den Druck des knappen Wohnungsmarktes dazu zu nutzen, völlig überhöhte Mieten von ihren Mietern zu erlangen. Und zwar weit jenseits der festgelegten Mietpreisbegrenzung.

„Die Zitterpartie endet – gerade noch rechtzeitig wird die Mietpreisbremse für Dresden und Leipzig verlängert“,

sagte deshalb die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Juliane Nagel, zum Neuerlass der Sächsischen Mietpreisbegrenzungsverordnung.

„Bei Neuverträgen darf die Miete dann maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Allerdings ist es ein Fehler, die Verordnung bis Mitte 2027 zu befristen, zumal § 556d BGB eine Laufzeit bis 2029 zulässt. Die Staatsregierung könnte die Miethaushalte also besser schützen. Dazu müssen beispielsweise harter

Sanktionen bei Mietwucher her, etwa in Form hoher Bußgelder wie beim Mietwucherparagrafen.

Es müssen staatliche Kontrollstellen eingerichtet werden, damit die Mieterinnen und Mieter verlässliche Anlaufstellen haben und Verdachtsfälle geprüft werden. Darüber wird morgen auf unseren Landtag auf unseren Antrag hin auch der Landtag beraten.“

Die Mietpreisbremse könne den Mietanstieg höchstens dämpfen, aber es seien weitere Schritte nötig, betonte Juliane

Nagel.

„Im Bund streitet die Linke gegen Ausnahmen von der Mietpreisbremse, etwa bei Modernisierungen oder möblierten Zimmern. Ein wirksames Instrument wäre zudem ein bundesweiter Mietendeckel, der in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt wirkt und beispielsweise Mietobergrenzen definiert. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, vor allem für Menschen, die nur einen geringen oder mittleren Lohn bekommen oder Sozialleistungen brauchen.“ ■

POLITIK

Kommunen ausgebootet

Landesdirektion Sachsen gibt den nördlichen Teil des Cospudener Sees für die Schifffahrt frei.

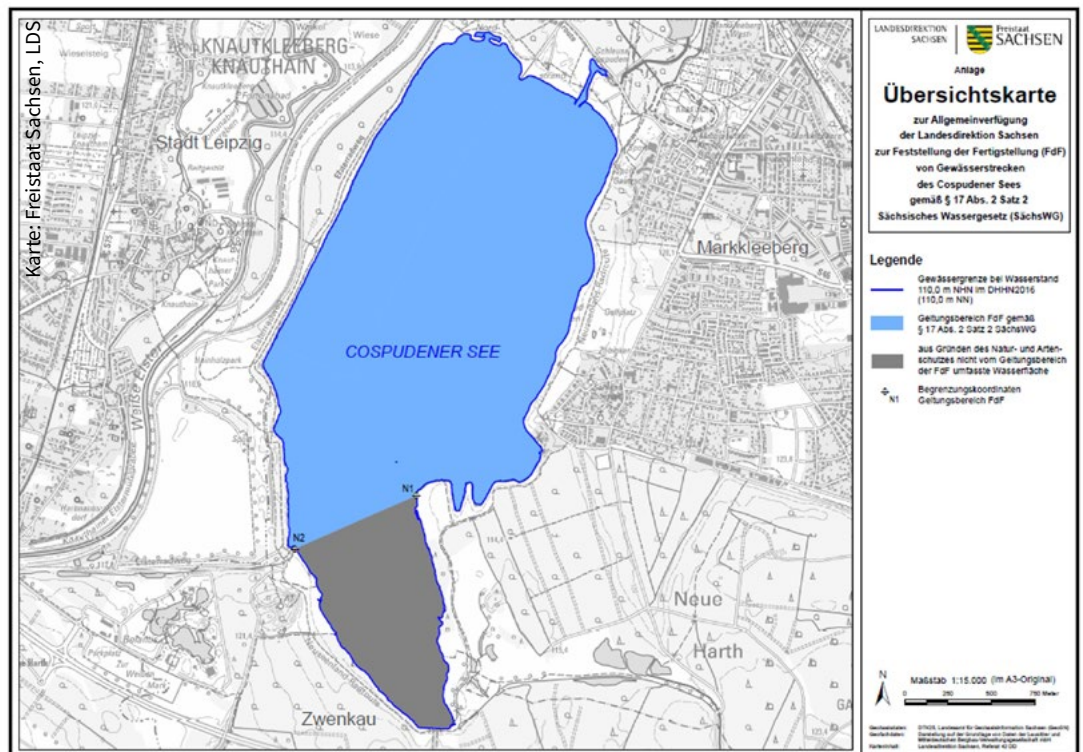
Von Ralf Julke

Mit allen ihnen gegebenen Möglichkeiten haben sich die Städte Markkleeberg und Leipzig dagegen gewehrt, dass auf dem Cospudener See die Schifffahrt erklärt wird, sie also kaum noch Einfluss haben auf die Zahl der dort fahrenden Motorboote. Doch der Wille der beiden Städte, den See als Erholungs- und Erholungsoase zu bewahren, hatte keine Chance.

Am Donnerstag, dem 11. Dezember, teilte die Landesdirektion Sachsen (LDS) mit, sie habe nun mit einer Allgemeinverfügung den rechtlichen Rahmen für die dauerhafte schiffahrtliche Nutzung des Cospudener Sees geschaffen.

Damit kann jetzt der nördliche Bereich des Sees – also der hauptsächlich zu Leipzig gehörende – ab 1. Februar 2026 ganzjährig von Fahrgastschiffen, motorangetriebenen Sportbooten und Sportbooten ohne Motor befahren werden. Aus Gründen des Naturschutzes bleibt lediglich die Südspitze des Sees als besonders sensibler Gewässerbereich auch in Zukunft von der Befahrung mit Wasserfahrzeugen ausgenommen.

„Der Cospudener See ist ab der kommenden Saison für die Schifffahrt dauerhaft



Übersichtskarte zur Schifffahrtserklärung auf dem Cospudener See.

frei zugänglich. Mit der Allgemeinverfügung meines Hauses wird ein stabiler und verlässlicher Rechtsrahmen geschaffen. Davon profitieren die Nutzer des Sees. Die Freizeitkapitäne können nun ohne weiteren Verwaltungsaufwand den See befahren“, erklärte am Donnerstag LDS-Präsident Béla Béla.

Im Effekt heißt das aber auch: Die

Kommunen können nicht mehr mitreden. Schon in der Leipziger Stadtratsdebatte, in der 2024 die Einsprüche der Stadt gegen die Schiffbarmachung diskutiert wurden, wurde deutlich, dass die Landesdirektion keine Rücksicht auf die Wünsche der Kommune nehmen und sich strikt an die Formulierungen des Sächsischen Wassergesetzes halten würde, das Schifffahrt eben so definiert, wie

sie normalerweise auf richtigen Wasserstraßen wie der Elbe gilt.

Amtliches Bedauern

Und so klingt auch das Bedauern ziemlich seltsam, dass die Landesdirektion indessen vermeldet: „Dem vielfach geäußerten Wunsch, Verbrennungsmotoren von der Schiffbarkeit auszunehmen, konnte nicht entsprochen werden. Der Gesetzgeber sieht eine Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Technologien hinsichtlich der Antriebsart nicht vor. An diese Grundentscheidung ist die Landesdirektion gebunden.“

So schafft man Frust auf amtlichen Wegen: Man hält sich stur an Gesetzestexte, die eigentlich nicht für Erholungsseen gedacht sind.

Ergebnis: Mit der Allgemeinverfügung der Landesdirektion, der sogenannten Feststellung der Fertigstellung des Sees

für die Schifffahrt, entfällt die bisherige Praxis der Erteilung von wasserrechtlichen Einzelzulassungen, einschließlich des damit für Nutzer und Behörden verbundenen hohen Aufwandes. „Die Entscheidung schafft klare Regeln für Tourismus, Freizeit und Fischerei. Gleichzeitig stärkt sie den Natur- und Gewässerschutz durch präzise definierte Schutzräume“, so Präsident Bélafi.

Die Schutzräume am Südende des Sees gab es schon vorher. Sich dafür jetzt auf die Schulter zu klopfen lenkt nur davon ab, dass man die Wünsche der beiden Anrainerkommunen einfach ignoriert hat und ihnen mit der Schiffbarkeitserklärung auch die Instrumente aus der Hand genommen hat, die Zahl der Motorboote auf dem Cospudener See zu begrenzen.

„Diese Allgemeinverfügung ist das Ergebnis eines umfangreichen Verwaltungsverfahrens, das in den vergangenen Jahren intensiv zwischen der LDS,

der Staatsregierung, dem sächsischen Umweltministerium, weiteren Ressorts, Planungs-, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie der LMBV abgestimmt wurde“, erklärt die Landesdirektion auch noch. Und wer genau liest, merkt, dass die beiden betroffenen Kommunen einfach weggelassen wurden.

„Grundlage bildeten umfangreiche naturschutzfachliche, wasserrechtliche und bergtechnische Prüfungen. Darüber hinaus wurden die Stellungnahmen der beteiligten Umweltverbände in die Abwägung einbezogen und rechtliche, sicherheitstechnische und naturschutzfachliche Belange in der Begründung zur Allgemeinverfügung nachvollziehbar aufbereitet.“

Interessierte können die Allgemeinverfügung der LDS online auf dem Bekanntmachungsportal der Landesdirektion Sachsen in der Rubrik Umweltschutz/Wasserwirtschaft einsehen. ■



Foto: Birthe Kleemann

Blick auf den Cospudener See mit der MS Cospuden.

Ein Land, in dem die Ausbeutung von Frauen endlich ein Ende hat

Von Adele Mieschner,
Ortsgruppenkoordinatorin bei
SISTERS – für den Ausstieg
aus der Prostitution! e. V.



Foto: privat

Ich träume davon, dass wir aufhören, Prostitution als normalen Markt zu behandeln, in dem Verantwortung verwässert wird. Davon, dass der Kauf von Frauen nicht länger verharmlost wird und Freier sich nicht mehr damit herausreden können, sie hätten nicht gewusst, ob eine Frau unter Zwang stand. Diese vermeintliche Unwissenheit schützt Täter und lässt Frauen allein.

In meinem Ehrenamt in der Ortsgruppe Leipzig des SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V. begegne ich Prostituierten, deren Alltag weit entfernt ist von dem Bild „freiwilliger Sexarbeit“, welches so oft in den Medien vermittelt wird. Ihre Realität ist geprägt von Zwang, Armut, Gewalt, Abhängigkeiten und körperlichen, wie auch psychischen Belastungen. Jede Begegnung zeigt mir aufs Neue, wie dringend wir als Gesellschaft umdenken und handeln müssen.

Wenn wir eine Frau fragen, warum sie in der Prostitution ist, bekommen wir oft zunächst gar keine Antwort. Aus Angst, aus Scham, aus Abhängigkeit oder weil sie unter Zwang steht. Manche Frauen sagen offen, dass sie gezwungen werden. Andere sprechen von Freiwilligkeit und erst später, wenn Vertrauen entsteht, von Schulden, Gewalt, Druck oder fehlenden Alternativen. Die Antworten sind unterschiedlich, die Strukturen dahinter oft dieselben.

Wir von SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V., begleiten auch in Leipzig Frauen ehrenamtlich beim Ausstieg aus der Prostitution. Unsere Erfahrung zeigt, dass die

körperlichen und psychischen Folgeschäden gravierend sind. Unabhängig davon, ob Frauen als freiwillig oder als Opfer von Zwangsprostitution eingeordnet werden, ähneln sich die Traumatisierungen, Belastungen und langfristigen Schäden in erschreckender Weise.

In Deutschland, das als Bordell Europas gilt, wird gern zwischen Menschenhandel und sogenannter freiwilliger Prostitution unterschieden. Diese Trennung wirkt beruhigend, hält der Realität jedoch nicht stand. Die Übergänge sind fließend. Viele Frauen geraten in Strukturen, aus denen es kaum einen Ausweg gibt. Ich träume davon, dass jede Frau, die möchte, aussteigen kann und dass es noch mehr Menschen gibt, die sich bei uns ehrenamtlich für diese oft vergessenen Frauen einsetzen und ihnen dadurch Sichtbarkeit verschaffen.

Ich träume von der Einführung des Nordischen Modells in Deutschland. Einem Ansatz, der die Nachfrage nach dem Kauf von Frauen verringert, indem es Freier zur Verantwortung zieht und Prostituierte vollständig entkriminalisiert. Ein Modell, das entstigmatisiert, Rechte verschafft und den Weg für einheitliche, staatlich abgesicherte Ausstiegsprogramme ebnet. Programme, die den Ausstieg aus der Prostitution tatsächlich ermöglichen, weil sie verlässlich, flächendeckend und langfristig finanziert sind.

Machen wir es kurz: Ich träume von einer Gesellschaft, die Frauen schützt, statt ihre Ausbeutung zu verwalten! ■



Foto: Deutsche Aircraft

Klimaneutrales Fliegen möglich machen

Von Bendix Hitziger, Auszubildender bei Deutsche Aircraft

Mein Name ist Bendix. Ich bin 18 Jahre und träume davon, dass wir klimaneutrales Fliegen möglich machen können – denn nur so können wir alle vom Fliegen profitieren: heutige und künftige Generationen. Deutsche Aircraft habe ich 2022 bei einer Ausbildungsmesse in Leipzig kennengelernt. Ich war sofort begeistert von der Idee, ein Flugzeug mitzubauen – wo hat man schon so eine Chance? Noch dazu das modernste Regionalflugzeug der Welt: mit den neusten Triebwerken, die auch vollkommen mit alternativen Flugkraftstoffen fliegen können. Damit kann der CO₂-Ausstoß um bis zu 95 % sinken!

Meine Ausbildung zum Fluggerätmechaniker habe ich schon im September 2023 angefangen. Aktuell bin ich am Sitz der Firmenzentrale im bayerischen Oberpfaffenhofen, wo ich lerne, sowohl Flugzeuge Instand zu halten, als auch Flugzeuge zu bauen. Aber schon im Sommer 2026 geht es zurück nach Leipzig. Hier wird dann mein Traum wahr: Denn hier bauen wir dann im Team die D328eco.

Ich würde mich freuen, wenn sich auch weitere Menschen von meiner Geschichte inspirieren lassen und uns helfen, umweltfreundliche Flugzeuge zu bauen.

Ich hoffe, dass immer mehr Industrien und Unternehmen immer klima- und umweltfreundlicher werden. Denn ich träume davon, dass alle Menschen heute so klimaneutral handeln und wirtschaften, dass auch meine zukünftigen Kinder mal in einer gesunden Welt und intakten Natur aufwachsen können.

Ich glaube daran, dass mit Deutsche Aircraft in Leipzig etwas ganz Neues entsteht – und ich finde es toll, bei dieser Reise von Anfang an dabei zu sein. ■

Solidarität – ein Traum!

Von Michael Sommer, Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Leipzig-Nordsachsen



Foto: Thomas Köhler

Ich träume von einer Welt, in der gesellschaftlicher Zusammenhalt und Menschlichkeit im Vordergrund stehen. Ich stelle mir eine Gesellschaft vor, in der Solidarität die Ellbogenmentalität ersetzt. Ich träume von einer Umverteilung des Wohlstands, die denjenigen zugutekommt, die am meisten Unterstützung benötigen. Ich denke an die vielen Familien, die trotz harter Arbeit kaum über die Runden kommen, an diejenigen, die vor Krieg, Gewalt und Unterdrückung fliehen und Schutz suchen, an alle, für die unser derzeitiges System (noch) keinen Platz hat.

Es ist mein Wunsch, dass wir als Gesellschaft erkennen, dass unser Wohlstand geteilt werden muss, um allen ein würdiges Leben zu ermöglichen.

In meiner Idealwelt sind die Menschen nicht voneinander entfremdet, sondern erkennen sich als Teil eines kollektiven Ganzen. Ich erinnere mich an die vielen Momente, in denen ich als Gewerkschafter immer wieder erlebe, wie stark wir sind, wenn wir zusammenhalten. Sei es bei Streiks oder bei Verhandlungen – immer wieder zeigt sich, dass wir gemeinsam mehr erreichen können – egal wer wir individuell sind und woher wir kommen.

Das Prinzip der Gewerkschaft ist für mich der Inbegriff dieses Zusammenhalts. Hier kämpfen wir nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch für eine gerechtere Gesellschaft. Doch ich weiß auch, dass gesellschaftlicher Wandel nicht von allein kommt. Wir müssen ihn aktiv gestalten. Ich träume deshalb davon, dass sich so viele Menschen wie möglich zusammenschließen, um für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen, bevor es zu spät ist. Ich denke an eine Welt, in der jeder Mensch zählt und niemand zurückgelassen wird. Lasst uns eine Welt schaffen, in der Solidarität und Menschlichkeit die treibenden Kräfte sind. ■



Foto: privat

Ich habe mir den Traum erfüllt, die Komfortzone zu verlassen, mich beruflich neu zu orientieren und das zusammen mit meiner wunderbaren Frau. Es gab keine so richtige Berufsbezeichnung für das, was wir tun. Schnell aber hatte sich dieses „Problem“ gelöst, als wir in einem Altenpflegeheim den Titel „Menschen-Glücklich-Macher“ verliehen bekamen. Genau; das wollen wir sein, auch wenn der Weg etwas steinig ist, auch noch steiniger wird. Warum?

„Wir können uns dieses System nicht mehr leisten!“ Dies können wir erleben, wenn wir unseren Dienst an betagten Menschen und

Wer träumt, der lebt

Von Michael Oertel,
1. Vorsitzender mitMENSCHENleben e.V.

TRÄUME sollen hier an dieser Stelle, in diesem Text beleuchtet werden, Beachtung finden. Nicht irgendwelche Träume; es geht um meine Träume. „Träume“, das wäre ein „Teekessel“, also ein Wort mit mehreren Bedeutungen. Einerseits der Traum des Nachts, dieses psychische Erleben, das Ablaufen eines Films während des Schlafes, was sich sehr realistisch anfühlt.

Andererseits der Traum, der als ein innigster, ein sehnlichster Wunsch angesehen wird. Klar; um eben den geht es hier. Vielleicht aber haben doch die einen Träume auf die anderen Einfluss?

„Wer träumt, der lebt!“ heißt es in meinem Buch „Ge(H)-Dan-ken(!)-Welt!“. Ich meinte tatsächlich damit beide Arten von Träumen. Tagtäglich kann ich konstatieren, dass ich lebe, so muss ich wohl zwangsläufig auch träumen. Meist passiert dies in der Nacht.

Darüber ist vieles ein Traum. Es ist ein Traum, mit einer Partnerin zusammenzuleben, mit der jede Menge Gutes zu bewegen, das eigene Kind erfolgreich reanimiert, an unglaublich vielen Stellen berufliche und somit Lebenserfahrungen gesammelt, einen Garten zu haben, diesen bestellen zu können. Es ist ein Traum, Menschen auf Augenhöhe begegnen zu können, kreativ zu sein und an einer Drehorgel zu stehen, diesem zauberhaften Instrument stimmungsvolle Klänge zu entlocken. Ist das die dritte Bedeutung des Wortes „Traum“? Für mich auf jeden Fall!

schwerst- und langzeiterkrankten Kindern tun, die einen im Heim, die anderen im Krankenhaus besuchen, wenn wir Trost, Heilung, Freunde und Liebe schenken. Wir wollen uns das leisten.

Menschen-Glücklich-Macher. Ein Traum! Ein Traumberuf. Werden da eigentlich noch Träume benötigt? Klar, es wäre ein Traum, wenn wir diese Arbeit noch lange fortführen könnte, wenn wir mit dem nötigen Geld dafür ausgestattet wären, wenn sich reichlich Unterstützer fänden.

Irgendwie, so scheint es, gehen „Traum“ und „Glück“ Hand in Hand, stehen in Verbindung. Glück zu erfahren, es zu empfinden, ist ein Traum. Es kann gar noch besser kommen, wenn man auf Albert Schweitzer hört: „Glück ist das einzige, was sich verdoppelt, wenn man es teilt!“

Ich träume davon, es noch öfter erleben zu können, vor allem gemeinsam mit anderen Menschen. Gemeinsam, auch das wäre ein Traum, wenn sich die Menschen wieder auf das „Gemeinsam“ besinnen würden. Was da alles möglich wäre. Gewiss: es sind kühne Träume! Ich mag sie trotzdem träumen, Tag für Tag.

Es gibt manche Tage, da träume ich von einem andern Glück, und zwar von dem nach Udmurtien reisen zu können, dort Menschen zu treffen, mit denen ich Weisheiten austauschen kann. Ich schenke eine meiner persönlichen Weisheiten und bekomme dafür eine udmurtische Weisheit zum Thema Wasser. Anschließend würde ich mit dem nächsten Flugzeug zu den Hopi reisen, dem Stamm, der weder aktiv noch passiv jemals einen Krieg führte, mich zum Thema „Frieden“ austauschen, auch Weisheiten „kaubelnd“.

Davon werde ich noch eine ganze Weile träumen, vielleicht bis zu meinem Lebensende. Aber ja: Wer träumt, der lebt! ■

Das Wohl von Vielen wiegt schwerer als das Wohl von Wenigen oder eines Einzelnen!

Von Sascha Matzke, Krankenpfleger und Ex-Stadtrat

Wenn jemand die Gelegenheit bekommt in Leipzig Kommunalpolitik mitzugestalten, sollte er die Chance immer ergreifen, obwohl sie oder er desillusioniert werden wird. Was einer Stadtgesellschaft wie Leipzig heute im Vergleich zu vor über 30 Jahren fehlt, sind kluge und weitsichtige Kommunalpolitiker, die in ihrem jeweiligen Hauptberuf arbeiten, die Stadtgesellschaft und ihre Nöte und Wünsche wahrnehmen und sich ausschließlich dem Gemeinwohl und nicht Partikular- und Parteiinteressen verpflichtet fühlen.

2003 kam ich in diese Stadt, die ich kennen und lieben lernte und trotzdem werde ich als Wessi nie vollständig akzeptiert werden. Das trat und tritt im Berufsalltag immer wieder durch Diskriminierung und Verhinderung von beruflichem Aufstieg zutage. Die Wunden, die die Wendezeit gerissen hat, werden uns, so meine Prognose, noch ca. 30 Jahre ab heute begleiten.

Von 2020 bis 2024 hatte ich dann neben meinem hauptsächlich ausgeübten Beruf als Krankenpfleger sogar die Möglichkeit als Stadtrat die Geschicke der Stadt mitzugestalten und es war mir eine Ehre. Ich wünsche mir somit mehr Toleranz gegenüber jeglicher Biografie eines Menschen.

Nun wird wahrscheinlich am 21.02.2027 ein neues Stadtoberhaupt gewählt werden. Auch hier bringen 2026 sich allmählich die Parteien der Stadt in Stellung und suchen Kandidaten aus ihren Reihen. So ist es zwar demokratische Gepflogenheiten, aber die Bürgerinnen und Bürger werden am wenigsten gefragt.



Vor kurzem haben Wahlen in Brandenburg gezeigt, dass Bürgerinnen und Bürger sich häufig parteilose Kandidaten wünschen und sie zu Stadtoberhäuptern machen.

Und genau hierin zählt mein größter Wunsch. Leipzig braucht nach der Amtszeit Jungs eine Frau im Amt, die politische Strömungen von links bis zur breiten Mitte vereint, die weiß auch konservative Kräfte für progressive Ziele dieser Stadt mit ins Boot zu holen und die es versteht die Verwaltung durch schwierige Zeiten wie Digitalisierung und Fachkräftemangel zielgenau zu lenken. Alles andere jenseits dieses politischen Spektrums wird nur Stillstand und keine Veränderungen bringen. Genau das wünsche ich mir für Leipzig nicht.

Menschen fürchten sich vor Veränderungen, sie wählen häufig das, was wenig Veränderung bringt. Aber genau das wäre für Leipzig das genau falsche. Diese einzigartige Stadt der Friedlichen Revolution von 1989 erzwang friedlich Veränderungen und profitierte stets vom Wandel und das muss auch nach der Zeit von Burkhard Jung weitergehen, ob mit Sanierungen nach der Wende, ob mit dem City-Tunnel, ob mit dem Tourismusmagneten Zoo, ob mit einem neuen Naturkundemuseum, ob mit Ausbau des Radwegenetzes, und, und, und, ... ■

Hoffnung muss wieder normal werden

Von Anna Cavazzini, Europaabgeordnete für Sachsen (Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses ausklingende Jahr hat uns keine Verschnaufpause gegönnt. Die globale Ordnung scheint mit Trump im Weißen Haus, Putins unaufhörlichen Angriffskrieg, der galoppierenden Klimakrise und Chinas Dominanz aus dem Ruder zu laufen. Die Folgen merken wir im Alltag. Im Supermarkt ist für das gleiche Geld weniger Essen im Einkaufswagen. Heizen

und Wohnen werden immer teurer und am Ende des Monats bleibt immer weniger Geld auf dem Konto. Gleichzeitig werden die Nachrichten im Radio immer düsterer: Der Zusammenhalt in der Gesellschaft scheint zu bröckeln.

Doch das will ich so nicht stehen lassen. Resignation ist keine Lösung unserer gesellschaftlichen Herausforderungen, Angst nie ein guter Ratgeber. Ich weigere mich, den Kopf in den Sand zu stecken, und habe deswegen einen Traum am Ende dieses Jahres: Dass Hoffnung wieder normal wird.

Hoffnung auf eine bessere, grüne Zukunft in den Städten und auf dem Land. Hoffnung, dass wir unser Leben und unseren Alltag selbstbestimmt gestalten können. Hoffnung, dass die Kräfte, die uns spalten wollen, nicht gewinnen. Und dass wir



Foto: privat

die Weichen auf eine bessere Zukunft stellen, wenn wir zusammenarbeiten und Mitgefühl haben.

Damit es einfacher wird, diese Hoffnung zu fühlen, möchte ich gern ein Bild dieser Zukunft zeichnen – sagen wir in fünf Jahren: In den Städten ist das Leben wieder bezahlbar. Ein Ende der Spekulation auf Wohnraum und eine Deckelung der Mieten, der Übergang zu günstigem Strom aus Wind und Sonne und das Neun-Euro-Ticket für den Arbeitsweg machen sich auf dem Konto bemerkbar.

Fahrradwege sorgen für Sicherheit und die Luft wird immer sauberer von Verschmutzungen. Mehr Grünflächen, Bäume und verkehrsberuhigte Straßen schaffen Oasen der Ruhe und eine grüne Lunge im städtischen Trubel. Mehr Grün sorgt auch dafür, dass die Städte in den heißen, trockenen Sommern nicht überhitzen. Kultur und Kunst sowie eine lebendige Innenstadt und lassen uns die Freiheit und die Möglichkeiten in der Stadt spüren.

Auch auf dem Land hat sich einiges getan. Entschleunigung und Ruhe gehen nicht mehr mit massiven Einschränkungen in der Daseinsvorsorge einher. Busse fahren wieder und verbinden selbst die kleinsten Orte mit dem Supermarkt. Der Schulweg der Kinder ist wieder kürzer, da mehr junge Familien auch die Vorteile der Landluft sehen und die Kita und die Dorfschule genug Nachwuchs haben.

Mehr Platz, vielleicht ein Garten oder der See in der Nähe sind dank der Digitalisierung das neue Arbeitsumfeld des Jobs,

der größtenteils im Homeoffice stattfinden kann, wenn gewünscht. Hintergrundgeräusche im neuen Naturbüro sind kein Straßenlärm, sondern nur das Summen der Bienen. Verschiedene Generationen helfen sich und im Ernstfall muss niemand Angst haben, dass der Krankenwagen zu lange braucht.

Die Nachbarschaft kennt und unterstützt sich, Sportvereine und die Freiwillige Feuerwehr sind Orte des Zusammenlebens.

Dieser Alltag wird möglich, wenn wir die Chancen in dem Wandel ergreifen, den wir gerade erleben: Die Chancen der Digitalisierung, die unseren Alltag einfacher machen kann. Die Chancen der Kreislaufwirtschaft, die Jobs mit Perspektive schafft und Klima, Ressourcen und Geldbeutel schont. Die Chancen, wenn wir im Kampf

gegen die Klimakrise mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Chancen, die in der Stärke Europas liegen, wenn wir zusammenarbeiten, angesichts der Trumps, Putins und Xis dieser Welt. Daher ist meine Botschaft zum Ende dieses Jahres: Die Chancen, die sich auftun, sind real. Und genau hierauf beruht meine Hoffnung!

Ich wünsche mir, dass wir in einer Gesellschaft leben, die nicht ausgrenzt, sondern auf Solidarität beruht, und in der niemand ein schlechtes Gewissen haben muss, nicht perfekt zu leben, weiter Auto zu fahren und einmal im Jahr in den Urlaub zu fliegen. Denn es muss klar sein, dass diejenigen die Rechnung bezahlen, die uns in die Misere gebracht haben: Die Superreichen und die fossile Lobby – und eben nicht die, die versuchen, so gut es geht über die Runden zu kommen.

Ich wünsche mir, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo Empathie und Mitgefühl Neid, Hass und Hetze ersetzen, online und offline. Denn hier kann die Hoffnung aufkommen, die uns die Kraft gibt, die Veränderungen aktiv zu gestalten und zusammen die Chancen zu ergreifen: Für eine Zukunft, die für alle lebenswert ist.

Zur Person: Anna Cavazzini (43) ist bündnisgrüne Europaabgeordnete für Sachsen. Sie setzt sich für hohe Verbraucherstandards, eine nachhaltige Wirtschaft und eine gerechte Globalisierung ein. Sie ist Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Ihr Wahlkreisbüro befindet sich in Chemnitz, aber natürlich ist sie auch oft in Leipzig unterwegs. ■

Ich träume mir meine Bilder

Von Josephine Jannack, Leipziger Malerin

Als Kind hab ich vor der Karriere als Künstlerin geträumt, und hatte Angst vor dem Unbekannten.

Der Traum hat sich gelohnt. Heute bin ich bildende Künstlerin geworden. Träumen ist nun Hauptteil meines Berufs. Wenn ich da ans Träumen denke, kommt mir im ersten Moment nicht, das in den Kopf, was ich verändern möchte, sondern wie die Wirklichkeit gerade ist. Ich träume jeden Tag, beim Bus fahren, im Atelier, morgens beim Kaffeetrinken, in Gruppen, auf dem Weg zu Fuß ...

Ich träume nachts oft sehr bunt und realistisch. Ich träume mir meine Bilder, bis sie passen. Es ist mein Hauptgeschäft, denn ich bin bildende Künstlerin und imaginiere meine Gedanken und Träume in Bildern. Jeden Tag und jede Nacht.

Träume geben mir meinen Stoff zum Malen, in einer farblichen Tendenz. Sie sind grau, lila, rot, gelb, grün, als Ausdruck eines kollektiven Weltverständnisses, das ich täglich spüre.

Aktuell ist Träumen schwer für mich und dennoch die ganze Zeit präsent. Ich habe fast meine Bude abgefackelt im Delirium, was wie ein Traum ist, und der war nicht gut. Um die Ecke ist zwei Tage später ein Haus in Flammen aufgegangen. Was ist nur los mit uns?

Gut ist es nach so einer Krise davon zu träumen, sich aufzuraffen, Dinge anders zu tun und es besser als vorher zu machen. Autonomie zu wahren und sich dadurch nicht vom Weg abbringen zu lassen und das Wichtigste, zu wissen, dass wir am Leben sind. Das ist gut.

Wenn ich in mich hineinhöre, und die Träume unabhängig von der Arbeit mache, möchte ich gerade auf einer Insel wohnen, mit etwas Trinkwasser, Kokosnüssen und ein wenig Fisch mit einer Hollywood-Schaukel und, früher mit meiner besten Freundin erträumt, einem Sternburgkasten Bier und den Blick aufs Meer. Den Sternburgkasten möchte ich im Traum heute weglassen, denn das Saufen ist auch keine Lösung.

Dennoch ist die Welt, so wie sie gerade um mich ist, viel zu stressig und die Gesellschaft, in der ich lebe,

für mich wie ein Gefühl, nicht so lange leben zu können, wie ich es eigentlich gern würde: nämlich stressfrei und ohne Angst, dass mir Behörden auf die Nerven gehen, dass meine Existenz bedroht ist, weil ich kein Geld habe (oder keine Wohnung!), oder Leute, die ich mag, z. B. überfahren werden, oder anderweitig leiden. Ich träume mich gern weit weg, in dieser dunklen Jahreszeit erst recht.

Ich träume aktuell davon, dass Weihnachten mal ausfällt und Menschen nicht mehr so gestresst deshalb sind, inklusive mir. Es ist eh dunkel und man verkriecht sich, muss das dann auch noch mehr Stress geben, mit Konsum und Geschenken, in einer aktuellen Zeit, und wenn man nicht an Gott glaubt? Man kann es an einem vorbeigehen lassen, das erfordert sehr viel Stärke, denn um einen herum, sind doch so viele, die das zelebrieren und so geht es nicht spurlos an einem vorüber.

Alle können ja machen, was sie wollen. Ich habe Kinder und sie sind so sozialisiert. Und auch ich mochte Geschenke als Kind, das Drumherum fand ich aber schon früher ganz anstrengend: Die Eltern sind gestresst und streiten sich und es gab etwa eine halbe Stunde, in der es entspannt zuging.

Ich träume oft davon, dass wir alle in Ruhe gelassen werden und machen können, was wir wollen und die Menschheit ohne Kapitalismus in Frieden leben kann. Alle haben alles und man wird nicht sanktioniert wegen Dingen. Krieg wäre unnötig und das Leben wäre stressfrei.

Dass Menschen zu Macht und Unterdrückung anscheinend neigen, brauche ich nicht erwähnen, sodass der Traum wohl Traum bleibt. Ich versuche trotzdem in mir selbst etwas dagegen und dafür zu tun, passiv, aktiv, still, mit meinen Mitteln und Anlagen, dem Nachdenken und der Reflexion. ■

Foto: privat



Gemälde „Feuer Wasser Miezekater.“



Foto: Hendrik Papat

Demokratie funktioniert nur, wenn alle mitmachen

Von Thomas Gentsch, Verkehrswende Leipzig

Die Gefahr ist nun, dass die Menschen sich von der Demokratie abwenden – die braune Grütze müffelt schon wieder.

Aber wie dann? Tja, da wären wir beim Träumen ... es muss doch irgendwie anders gehen. Die wirklich systemrelevanten Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Mobilität, Wohnen usw. müssen dem Gemeinwohl dienen und nicht dazu, möglichst viel Geld zu scheffeln. Wozu brauchen wir Dutzende verschiedener Finanzkonzerne, deren Lebenszweck es zu sein scheint, protzige Glaspaläste zu bauen, ihren Vorständen Millionen zu zahlen und um Rettung (auf unser aller Kosten) zu jammern, wenn sie den Karren gegen die Wand gefahren haben?

Stattdessen könnte man sich genau eine staatliche, dem Gemeinwohl verpflichtete Bank vorstellen. Eine Bundeswehr, die wirklich der Landesverteidigung dient, wäre sinnvoll, nicht aber als Melkkuh der Rüstungsindustrie. Energie- und Autokonzerne, denen die Zukunft der Erde scheißegal ist und die nur mit massiven Subventionen überleben ...

In allen diesen Fällen geht es um sehr viel Geld und Macht. All das ist nicht Demokratie, es ist Kapitalismus.

Eine gerechtere Gesellschaft darf nicht zur DDR-typischen Gängelei führen, muss aber auch nicht. Marktwirtschaft an sich ist nicht falsch, soll aber in maßvolle Bahnen gelenkt werden. Im Gegenteil, private Initiativen und innovative Betriebe, die nicht nur aufgrund ihrer schieren Größe oder Monopolstellung Marktführung erlangt haben, müssen gefördert werden.

Wie soll das gehen? Demokratie funktioniert nur, wenn alle mitmachen. Am besten sich aktiv einbringen, zum Beispiel in einem vielen Vereine, die aus Menschen wie Du und ich bestehen und eben genau nicht dem großen Geld dienen, sondern den Interessen von Dir und mir. Überlegen, was und wo man einkauft, welche Bank oder welchen Stromanbieter man wählt, welche Software und welche Suchmaschine.

Der kleine Laden um die Ecke ist oft nicht mal teurer – solange es ihn noch gibt und nicht nur noch Lieferdienste der Großkonzerne (die mit Sicherheit nicht das Gemeinwohl im Sinn haben). Mindestens aber: Geht wählen und wählt richtig! Nicht jede Alternative ist auch eine gute Alternative. Nicht jeder, der von Vernunft statt Ideologie erzählt, meint das auch so (der Fuchs betrachtet den Zaun um den Hühnerstall vermutlich auch als unvernünftig).

Ist alles vielleicht ein bisschen anstrengend, nützt aber nichts, ist es aber wert. In der DDR hieß das übrigens „die Mühen der Ebene“. ■

Ich bin in der DDR groß geworden, habe die Wende miterlebt und natürlich die Zeit seitdem. Eine sehr wertvolle Erfahrung, denke ich, diese verschiedenen Welten wenigstens aus eigenem Erleben beurteilen zu können, auch wenn natürlich immer nur mit kleinem subjektiven Blick. Heute kann man durch die Welt reisen und alles kaufen (das nötige Geld vorausgesetzt), demonstrieren und öffentlich seine Meinung äußern.

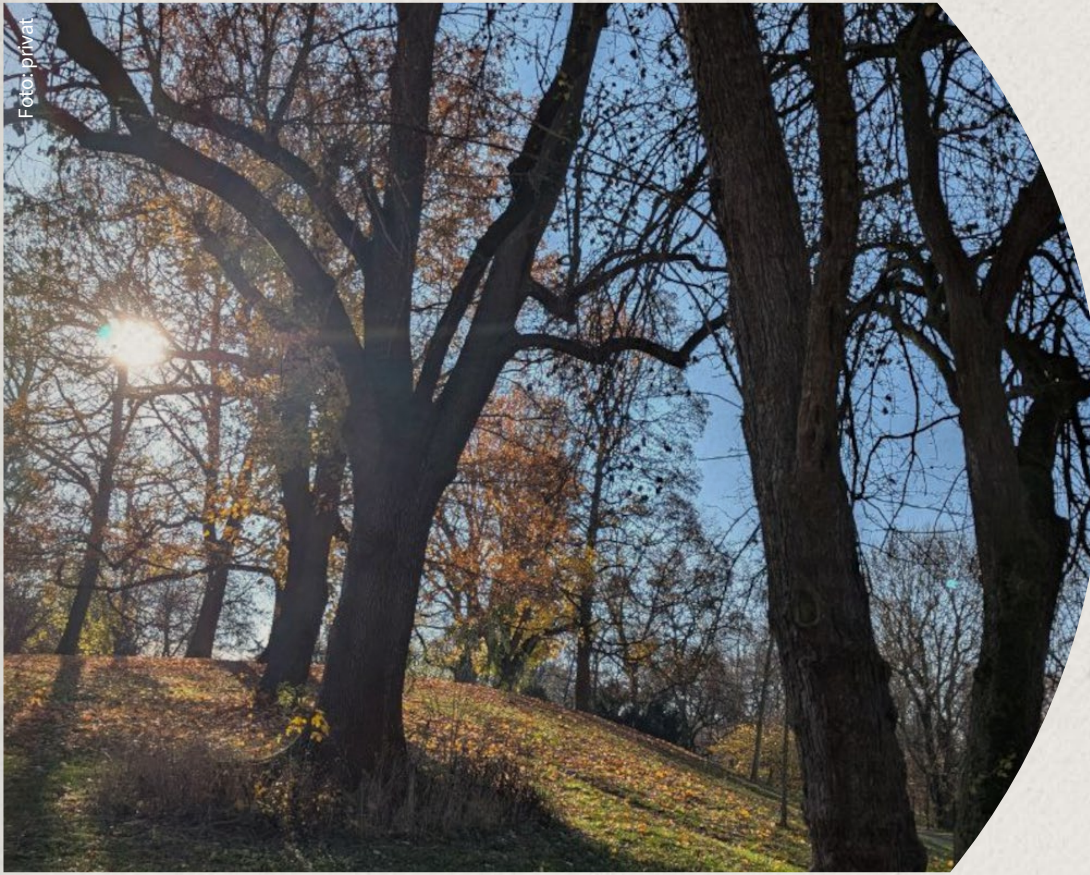
Und doch existiert auch eine gewisse Enttäuschung. Aus dem Regen sind wir sicherlich nicht in der Traufe gelandet, aber das versprochene Paradies ist es auch nicht geworden. Dieses vage Gefühl teile ich, so scheint es, mit vielen Menschen, insbesondere meiner Generation, die auch beides erlebt hat.

Letztlich wollen alle Menschen einfach nur „ihr Ding machen“, nicht gegängelt werden und keine materiellen oder sonstige Sorgen haben. Und, dabei muss es irgendwie gerecht und maßvoll zugehen.

Eigentlich erlaubt die Demokratie all das, es kommt nur darauf an, was daraus gemacht wird. Die DDR wollte auch demokratisch sein (das zweite D), nur was ist daraus geworden ... Früher war das richtige Parteibuch der Weg zur Macht, heute ist es das möglichst dicke Sparbuch und die richtigen Netzwerke (über die DDR sprechend wurde das „Seilschaften“ genannt).

In beiden Fällen, so scheint es, dient diese Macht aber nicht etwa dazu, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, sondern die eigene Macht und die eigenen Privilegien zu zementieren. Demokratie wird heute häufig mit Kapitalismus in einen Topf geworfen – das ist kein Zufall, man könnte es als Framing bezeichnen, es geht ja darum, das derzeitige System (und damit die eigene Macht) als alternativlos darzustellen. Es soll ja niemand auf dumme Ideen kommen.

Dabei weiß eigentlich jeder, dass es im Kapitalismus alles andere als gerecht zugeht und es auch in keinsten Weise der Normalfall ist, durch eigene Leistung „auf einen grünen Zweig zu kommen“. Jeder Busfahrer, jede Pflegekraft und jede Supermarktkassiererin kann davon ein Lied singen.



Träume sind Schäume?!

Von Jutta Schubert, Lehrerin a. D. für
Geschichte, Deutsch, Ethik

Träume sind Schäume!“, lautet ein bekannter Spruch. Tatsächlich? Für Freud sind sie Ausdruck des Unbewussten, bei Schopenhauer sind sie genauso Realität wie das Erleben im Wachzustand. Also hat das Träumen auf alle Fälle mit uns zu tun: als Notwendigkeit, um Erlebtes zu verarbeiten, unbewusstste Wünsche sichtbar zu machen, auf Gefahren hinzuweisen oder an etwas zu erinnern.

Sicher haben Träume auch noch andere Funktionen. An die meisten Träume können wir uns nicht erinnern. Jeder Mensch träumt.

Wenn ich träume, sind das manchmal Albträume. Ich kann sie im Schlaf weder steuern noch beenden. Sie verarbeiten, was ich erlebt und erdacht habe zu dem, was ich gerade erlebe: Angst. Als Kind hatte ich Angst vor Wasser. Vielleicht, weil ich mit ungefähr drei Jahren in einen Brunnen gesprungen bin. Genaugenommen nicht in einen wirklichen Brunnen, sondern in ein kreisrundes Betonsegment, das einen Meter hoch war und einen Durchmesser von knapp einem Meter hatte.

Der Sprung in den Brunnen war Ergebnis eines Wunschtraumes. Ich wollte zu Frau Holle. Zum Glück hat mich meine Mutter entdeckt, als ich mich gerade noch am Rand des Beckens festhalten konnte. Noch heute kostet es mich Überwindung, einen See zu durchschwimmen. Aber zu Frau Holle will ich eigentlich noch immer.

„Träume nicht!“ Diesen Satz hören manchmal Kinder, wenn sie scheinbar unaufmerksam sind. Dabei wissen wir nicht, ob sie nicht gerade einer interessanten Idee nachsinnen, eine Entdeckung machen oder etwas wahrnehmen, was uns schon lange nicht mehr auffällt.

Wovon träumen Menschen? Was wünschen sie sich wirklich?

Was freut sie, was quält sie?

Am Volkstheater Wien soll im nächsten Jahr ein Stück aufgeführt werden, in dem Träume, Wünsche, Ängste der Wiener ihren Platz haben werden. Dazu ist von der Hausregisseurin Rieke Süsskow die Idee des Volksohres entwickelt worden. Dieses wandelt, für jeden sichtbar und mannsgrößer, zum „Lauschangriff“ durch Wien und sammelt Erträumtes, Erlebtes, Erhofftes der Bürger und Gäste der Stadt.

Ergebnis wird eine bestimmt sehenswerte Traumcollage sein. Ich bin gespannt und erträume mir, bei der Uraufführung des Theaterstückes dabei sein zu dürfen. Wien ist eine Traumstadt. Hans-Eckardt Wenzel singt von Lissabon und Paris in seiner Lebensreise. Aber sterben will er in Wien. Ein schöner Traum, wenn man das weiß.

„Herz aus Eis“ ist eine deutsch-französische Filmproduktion. Die Adaption des Märchens „Die Schneekönigin“ von Hans Christian Andersen soll ein Märchen für Erwachsene sein, wie es in der „Kulturzeit“ vom 9. Dezember heißt. Für Kinder nicht geeignet! Sicher wegen zu befürchtender Albträume, jagt einem doch schon der Trickfilm Schauer über den Rücken.

Aber Erwachsene sind aufgefordert, sich dieses offensichtliche Schauermärchen, das noch im Dezember in die Kinos kommen soll, anzusehen. Ja, auch Erwachsene brauchen Märchen: Märchen, in denen gekämpft, geliebt, geweint wird. Wir brauchen sie, um unsere Mitmenschlichkeit, unser Staunen und unsere Fantasie nicht zu verlieren.

Auch um den Preis einer Albtraumnacht. Im besten Falle wachen wir aus ihr auf und wissen, was zu tun ist: miteinander reden, lachen, träumen. Im schlimmsten Fall auch. Dann sollten wir uns Hilfe holen. ■

Weg mit den Strukturen, die Ungleichheit und Unfreiheit erzeugen

Von Juliane Nagel, Landtagsabgeordnete und Stadträtin (Die Linke)

Foto: privat



Rund um Weihnachten öffnen sich die Herzen. Wohnungslose Menschen werden wahrgenommen, die Tafeln rücken in den Fokus, karitatives Engagement steigt, es wird gespendet. Kaum ist das Fest vorbei, ist es das auch mit Aufmerksamkeit und Mitgefühl.

Ich will niemandem diese vorweihnachtliche Beruhigung des eigenen Gewissens vorwerfen. Die Betroffenen profitieren von dieser kurzen Phase der Gutherzigkeit.

Doch schauen wir auf das, was im Windschatten des leuchtenden Weihnachtsfestes über die politische Bühne getrieben wird, wird einer*in Angst und Bange. Während Nächstenliebe beschworen wird, werden Rechte geschliffen. Die Bürgergeldreform wird zurückgedreht, das Asylrecht in EU und Bundesrepublik faktisch zu Grabe getragen. Kürzungen sorgen für die Abwicklung von Projekten, die tagtäglich Unterstützung für jene leisten, die in der gesellschaftlichen Hierarchie ganz unten stehen: Menschen, die in Armut leben, Menschen, deren Aufenthaltsrecht bedroht ist. Gleichzeitig werden Immobilien an die Börse gebracht, Mieterinnen und Mieter auf die Straße gesetzt, weil sie nicht mehr profitabel genug sind. Das ist kein Zufall. Das ist politische Linie.

Wovon ich träume?

Ich träume davon, dass endlich die Strukturen zerstört werden, die Ungleichheit und Unfreiheit zementieren. Strukturen, die dafür sorgen, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden. Die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Passes oder vermeintlich „falscher“ Fluchtgründe entrechten und ihnen das letzte Quäntchen Würde rauben.

Diese Strukturen haben Namen: Kapitalismus, Rassismus und Nationalstaat.

Aufgerüstete Grenzen, die entwürdigende Bezahlkarte für Geflüchtete, die Gängelung all jener, die auf Unterstützung

angewiesen sind – all das sind keine Sachzwänge. Es sind bewusste politische Entscheidungen.

Auch die Behandlung von Wohnraum als kapitalistische Ware, die dazu führt, dass das Dach über dem Kopf zur Profitmacherei oder zum Spekulationsgut wird und Menschen mit geringen Einkommen auf die Straße oder an den Stadtrand gespuckt werden, ist kein Naturgesetz. Sie ist Ausdruck eines Systems, das Rendite höher bewertet als Menschenwürde.

Ich träume davon, dass wir uns diesen Strukturen kollektiv erwehren. Dass wir eine Gesellschaft erkämpfen, in der Profitmaximierung nicht länger über dem Gemeinwohl steht, in der Konkurrenz und Individualismus nicht als Tugenden gefeiert werden, sondern Solidarität und soziale Sicherheit.

Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Aber er ist verantwortlich dafür, dass Menschen sich Lebensmittel, Bus und Bahn und Wohnen nicht mehr leisten können – oft trotz Arbeit. Er erschöpft, vereinzelt und treibt viele an den Rand ihrer ökonomischen Möglichkeiten.

Die Aushöhlung des Öffentlichen und Sozialen bereitet zugleich den Boden für den Aufstieg der extremen Rechten. Jede Kürzung, jede Entrechtung vulnerabler Menschen ist Wasser auf deren Mühlen. Längst sind neoliberale und menschenfeindliche Positionen in der vermeintlichen Mitte angekommen. Längst exekutieren Regierungsparteien auf Bundes- und Landesebene die Agenda der extremen Rechten. Das muss aufhören – bevor alles den Bach runtergeht.

Insofern gilt: Das Fünkchen Humanismus und Gemeinwohlorientierung der Weihnachtszeit muss verdammt noch mal ab dem 27.12. weiter glühen – und zur Flamme werden. Nicht als moralische Geste, sondern als politische Praxis. Denn dieser Traum wird nicht geschenkt. Er wird erkämpft. Und alles andere hieße, ihn kampflös aufzugeben. ■



Foto: Hagen Wiel

CULTURE-TOPIA

Philosophie der Lebenskunst

Interview mit Prof. Dr. Wilhelm Schmid.

Von Konstanze Caysa

„... Sie sind der Philosoph, der die Lebenskunstphilosophie für die Moderne wieder neu erfunden hat und sie aus der antiken Philosophie gegenwartsrelevant gemacht hat und der diesen Grund existenziell philosophisch wieder gegeben hat. Davon bin ich überzeugt ...“

Wenn von einem Lebenskünstler die Rede ist, so meint man im Alltag für gewöhnlich den Typus Felix Krull, den Thomas Mann in gleichnamigem Buch so eindrücklich dargestellt hat: vor Augen haben die meisten Leute dann einen gutaussehenden und sehr gut gekleideten jungen Mann, der einen ausgeprägten Sinn für jedwede Möglichkeit entwickelt, beinahe instinktiv jede Situation im Leben zu seinem Vorteil zu gewinnen. Geistreich ist er, sympathisch, gewitzt und ein Schlitzohr, der Mann'sche Charakter, den der Autor uns vorstellt und uns an seiner Forschungsstudie dieses Typus teilhaben lässt.

Dieser Typ „Lebenskünstler“ ist hier nicht gemeint. Im Gegenteil.

Im Folgenden stelle ich einige der wichtigsten Passagen unseres Gesprächs vor.

Sie sprechen ja viel über die individuelle Möglichkeit der Selbstformung, die zur Voraussetzung die Selbstmächtigkeit des Einzelnen hat und auf ein selbstbestimmtes Leben zielt. Was meinen Sie

genau damit und welchen Stellenwert bekommt die Selbstformung innerhalb Ihrer Philosophie der Lebenskunst?

Was die Frage nach der Selbstformung des Lebens für das Individuum angeht, so gibt ein häufiges Missverständnis im Kontext zur Lebenskunst, indem häufig angenommen wird, dass Lebenskunst bedeuten würde, das Leben zu 100 % gestalten zu können (lacht). Das ist Quatsch! Aus dem einfachen Grund: Wir bestimmen nicht restlos über unser Leben. Wir werden zu einem hohen Anteil bestimmt. Ich habe mir beispielsweise meine Eltern nicht selbst ausgesucht – soweit ich weiß – und ich habe mir auch die Umgebung nicht ausgesucht, in der ich groß geworden bin. Ich konnte nicht darüber bestimmen welchen Intelligenzquotienten ich habe und ich konnte auch nicht darüber bestimmen, in welcher Gesellschaft und in welchem sozialen Umfeld ich groß werde.

Oder nehmen wir ganz einfach die jetzige Situation: wir beide sitzen hier im Café, und zwar drinnen und nicht draußen, denn draußen regnet es. Wir haben uns das Wetter nicht selbst ausgesucht, keiner von uns beiden – weder Sie, noch ich. Ich kann also nicht draußen sitzen, sondern wir müssen hierher für unser Gespräch und sind somit abhängig vom Wetter und werden damit in unserer Selbstbestimmbarkeit doch zumindest

ein wenig eingeschränkt. Wenn ich nun alles einmal zusammenrechne, das mein Leben bestimmt, komme ich locker auf 95 Prozent und es bleiben 5 Prozent. Diese aber kann ich gestalten.

Könnte man aber wenigstens eine Perspektivierung des eigenen Lebens mit eben diesen 5 Prozent für sein eigenes Leben selbst schaffen? Oder meinen Sie, dass das ein zu geringer Prozentsatz für eine solche grundlegende Richtungs-gabe des eigenen Lebens wäre?

Die 5 Prozent führten in meinen Leben zumindest dazu, dass ich bestimmen konnte, mit dieser, meiner Frau, leben zu können. Ich war dann aber abhängig davon, ob diese Frau sagt, sie möchte mit mir leben. Darüber konnte ich nicht verfügen. Das gehörte zu den 95 Prozent. Meine 5 Prozent beinhalteten ihr zu signalisieren, dass ich gern möchte und glücklicherweise wollte sie auch gern. Zu meinen 5 Prozent gehörte auch: an einem widerlichen Tag zu sagen: ich treffe mich aber trotzdem und da bin ich!

Ich würde sehr dazu raten, sich mit den 5 Prozent zu befassen, statt 100 Prozent zu wollen.

Lebenskunst heißt erstens: Tu das, was du tun kannst! Zweitens: Versuche auch mit dem zu leben, das du nicht bestimmen kannst, aber auch nicht



ungeschehen machen kannst! Sollte mich einmal jemand verlassen haben in meinem Leben, muss ich mit dieser Entscheidung des anderen, so sehr sie auch mein eigenes Leben mit betrifft, leben lernen.

Ich erinnere mich sehr gut daran, dass Sie einmal sagten, dass die Liebe einen Grund hat – nämlich die Sehnsucht. Die Sehnsucht ist der Grund der Liebe. Könnte ich das also ganz in Ihrem Sinne so sagen?

Sehnsucht ist unendlich weit und hat bei weitem nicht nur mit Liebe zu tun. Lassen Sie mich ein wenig ausholen: Ich überlege mir immer, was die Menschen dazu bewegt hat, von den Bäumen

herunterzusteigen und ich frage mich, ob es nicht eine gute Idee gewesen wäre, da oben zu bleiben und da oben hocken ja nach wie vor welche. Es sind nur ein paar wenige heruntergestiegen und aus denen sind die Menschen geworden. Warum sind die heruntergestiegen? Ich kann mir vorstellen, dass ein Impuls zufällig in ihnen wachgeworden ist, der sie von den Bäumen heruntergezogen hat. Schauen wir doch mal nach, was da unten ist! Sie haben sich danach gesehnt zu sehen, was woanders ist als auf dem Baum. Als sie dann anderswo angekommen sind, haben sie sich danach gesehnt noch weiterzugehen und dann noch weiter und so weiter und so weiter ... Letzten Endes rund um den Erdball.

Es gab eine lange Zeit in der Menschheit, da mussten sich Menschen nicht nach anderen Menschen sehnen. Denn sie waren immer von anderen Menschen umgeben. Menschen sind keine solitären Lebewesen. Sie haben immer in großen Gemeinschaften gelebt, als aber dann sich die Entwicklung so entfaltet hat, dass die Gemeinschaften zerbrochen sind, ist die Sehnsucht nach einem anderen Menschen entstanden, mit dem es ein enges Verhältnis geben kann. Das nennt man romantisch Liebe.

Der Mythos vom Kugelmenschen, den Platon erzählt, ist demnach erst entstanden, als es nicht mehr selbstverständlich war, dass Menschen mit Menschen zusammen sind.

Genau. Typischerweise in der Großstadt, in Athen, wo vermutlicherweise die traditionellen Gemeinschaften einst nicht mehr 100-prozentig gegolten haben. Urbanität entstand stattdessen und Urbanität bedeutet immer, dass der Einzelne mehr Freiheiten hat.

Bildung und Zivilisation hatten demnach einen Preis für den Menschen: Einsamkeit.

Ja, so ist es.

Wilhelm, Sie sind der Philosoph, der die Lebenskunstphilosophie für die Moderne wieder neu erfunden hat und sie aus der antiken Philosophie gegenwartsrelevant gemacht hat und der diesen Grund existenziell philosophisch wiedergegeben hat. Davon bin ich überzeugt. Würden Sie mir zustimmen, wenn ich behaupte, dass Ihre Philosophie v.a. auf das Glück, den Sinn des Lebens zielt und auf die Fragen nach den Werten und Zielen, die heute für die Menschen grundlegend sind, um gut leben zu können? Welche Begriffe würden Sie diesbezüglich in den Mittelpunkt stellen?

Mit der Moderne ist eine Ungewissheit entstanden, wie man zu leben habe. Das war sehr lange keine Frage für die einzelnen Menschen, denn die Regeln waren von äußeren Instanzen und nicht zur Debatte stehenden Imperativen vollständig geregelt, total fremdbestimmt.

Einmal religiös, indem es Gott war, der bestimmte, wie sich die Menschen verhalten sollten. Außerdem wurden sie von der familiären Tradition bestimmt. Der Imperativ war: Du hast dich so und so zu verhalten, wie auch schon dein Großvater und Urgroßvater. Und noch eines kam dazu – die Konvention: man musste sich verhalten, wie sich alle verhielten.

Religion, Tradition und Konvention, das sind die drei Grundpfeiler des richtigen Lebens, an die kein moderner Mensch mehr glaubt. Hier lautet die Richtschnur eher: Ich mache, was ich will! Ich verhalte mich nicht so, wie Gott will, nicht so, wie Opa will und nicht so, wie es alle wollen!

Aber wie dann leben?

Sie meinen, wie dann das Leben gelingen soll?

Nein, nein, es soll gar nicht gelingen. In meinen Augen ist das ein großer Fehler zu glauben, dass Leben gelingt. Viele denken, das sei Lebenskunst. Nein! Das ist ein Irrtum! Leben gelingt nie. Warum? Weil andere mitspielen und das Schicksal spielt mit, das Glück oder Unglück spielt mit und darüber kann ich nicht verfügen. Deshalb halte ich es nicht für klug vom Gelingen zu sprechen. Sprechen wir lieber vom Bewältigen.

(...)

Es geht mir dabei nicht um metaphysische Konzepte, wie das beispielsweise bei den Philosophen Schopenhauer oder Nietzsche geschrieben ist. Ich habe mit Menschen zu tun und mich interessiert, wie sie wirklich sind.

Es gibt Menschen, die haben einen starken Willen und sogar die Fähigkeit zu erkennen, was sie damit machen wollen – ob sie beispielsweise eine Familie und Kinder kriegen wollen oder eben nicht und etwas anderes für ihr Leben wollen und es auch schaffen, genau das dann auch verfolgen. Aber ich habe über 10 Jahre hinweg in einem Krankenhaus gearbeitet und musste dort lernen, dass nicht alle Menschen einen starken Willen haben. Viele haben einen schwachen Willen.

Ich habe sogar Menschen kennengelernt, die keinen Willen haben. Dann stellt sich unweigerlich die Frage: was soll ich denn mit diesen Menschen machen? Zunächst kann ich nur für sie hoffen, dass sie nicht an jemanden geraten, der sie ausnutzen will. Das sind reale Probleme und es ist nicht der Entschluss eines Menschen, ob er einen starken Willen hat oder nicht.

Das ist vermutlich mit der Genetik und dem sozialen Umfeld gegeben oder nicht. Ich kann von Glück sprechen, dass ich einen starken Willen habe und ich möchte gerne Menschen beistehen, die einen schwachen Willen oder gar keinen Willen haben.

Es geht demnach in der Philosophie der Lebenskunst grundlegend auch um Verantwortung?

Viele verstehen Lebenskunst ausschließlich als Selbstverwirklichung und das um jeden Preis. Das ist ein Teil der modernen Lebenskunstphilosophie, für den die stehen. Ich verstehe darüber hinaus Beziehungsverwirklichung, die der Sinn auch eines sich verwirklichenden Selbst ist. Es ist einer Beziehung natürlich zuträglich, wenn ein Selbst in Konfliktsituationen je schon in sich befriedet werden kann. Das aber gelingt wahrscheinlich auch erst, wenn ich nicht zu sehr mit mir selbst beschäftigt bin und fähig, den anderen als Selbst auch zu sehen, einen Perspektivwechsel vollziehen kann.

Dann kann ich mich umso besser anderen zuwenden. Die eigentliche Erfüllung basiert auf der Zuwendung zu anderen, davon bin ich überzeugt. Ich kann nicht allein leben und ich will es auch nicht. Ich will für andere da sein. Zwischendurch ist es wieder und wieder einmal nötig für sich selber da zu sein. Aber dabei geht es nicht um Selbstverwirklichung, sondern es geht primär um Beziehungsverwirklichung.

Ende der gekürzten Gesprächsfassung. ■

1 Vergleich auch dazu: www.lebenskunstphilosophie.de

2 Vgl. dazu auch: Wilhelm Schmid: Das Leben verstehen. Von den Erfahrungen eines philosophischen Seelsorgers. Erschienen im Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2016.

➔ www.empraxis.net



Konrad Paul Liessmann,
Was nun? Eine Philosophie der Krise,
Paul Zsolnay-Verlag Wien, 2025,
238 S.

ÜBERM SCHREIBTISCH LINKS

Krise – das Wort des Jahrzehnts

Eine Literarische Kolumne.

Von Jens-Uwe Jopp

Das Wort „Krise“ kommt von krínein: trennen, unterscheiden, entscheiden, urteilen. Im Griechischen bezeichnete krisis den entscheidenden Wendepunkt einer Krankheit – nicht den Dauerzustand, nicht das diffuse Unwohlsein, sondern den Moment, in dem sich zeigt, ob der Patient gesund wird oder stirbt. Ein Prozess des „Dazwischen“, kulturoptimistisch oft als „Chance“ verklärt, nur wird dabei oft vergessen, dass sich die Möglichkeiten den Zustand des Interregnums zwischen zwei oder mehreren Entwicklungsrichtungen zu beenden nicht automatisch im aufgeklärt-progressiven Ergebnis zeigen müssen.

Nimmt man diesen Begriff der Krise ernst, dann geht es nicht um Erschöpfung, sondern zuerst um Verantwortung. Um die Frage, wer noch urteilt – und wer sich davor scheut. Der renommierte österreichische Bildungswissenschaftler und Philosoph Konrad Liessmann (*1953) – obwohl bereits im Ruhestand – schreibt seit Jahren publizistisch erfolgreich gegen politische und soziale Fehlentwicklungen der Gesellschaften im deutschsprachigen Raum an – wohl wissend, dass seine Rufe und seine Kritik an den Machtstrukturen und -barrieren ebendieser Gesellschaften abprallen.

Unverdrossen und scharfzüngig bleibt er dennoch; man kann ihn getrost als Vertreter einer immerwährenden Aufklärung bezeichnen. Vor kurzem ist seine

neueste Veröffentlichung erschienen: „Was nun? Eine Philosophie der Krise“. Auf 238 Seiten nimmt sich der Autor als Kritikgegenstand ein Mosaik der Krisensymptomatik vor – auf den ersten Blick ungeordnet. Von der parlamentarischen Demokratie, der Meinungsfreiheit, über die Krise des Begehrens, der Gefühle, bis zur Krise der Hoffnung im Angesicht der Apokalypse.

Dass Konrad Paul Liessmann den Begriff der Krise nicht psychologisiert, sondern philosophisch zuspitzt, hat auch mit seinem Standort zu tun. Als österreichischer Philosoph und langjähriger Beobachter universitärer und schulischer Reformen spricht er nicht aus der Distanz, sondern aus der Erfahrung eines Systems, das das Urteilen systematisch verlernt hat – hier zugunsten von Betreuung, Messbarkeit und permanenter Rücksichtnahme.

Das meint den Bildungswissenschaftler Liessmann, der mich nicht nur ob meiner Berufsbezogenheit besonders interessiert, sondern auch den Bildungsphilosophen Liessmann, der in seinen früheren Aufsätzen und Büchern den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und bildungspolitischer Krise deutlich machte (u.a. in „Bildung als Provokation“). Räume verengen sich, weiten sich nicht, so könnte man Liessmann bildlich verstehen. Oder so: Man tritt in oder auf alten Pfaden, denkt zu wenig in gesellschaftsverbindenden und damit –befriedenden Möglichkeiten.

Sein erstes großes Kapitel im aktuellen Werk, seiner polemischen Aufsatzsammlung, ist daher beinahe logisch die „Krise der parlamentarischen Demokratie“. Liessmann schreit auf S. 25: *„Es geht dabei nicht darum, die Funktionsunfähigkeit oder gar das Ende der Demokratie zu beschwören, sondern darum, die Gründe für einen Transformationsprozess zu benennen, dem sich die Demokratie ausgesetzt sieht und der ihre Gestalt verändern könnte. Zumindest scheint es Indizien dafür zu geben, dass der modernen Demokratie in ihrer repräsentativ-parlamentarischen Gestalt einige – nicht alle – Bedingungen abhanden kommen, die ihren Erfolg und ihre Attraktivität ausmachen.“*

Parteien (als „Teil des Ganzen“) sieht Liessmann auch in ihrer parlamentarischen Vertretung nicht automatisch als vollständiges Abbild einer Volks-Vertretung, sondern eher als Interessenvertretung einer sich auflösenden, bürgerlichen Parteigängerschaft, in einer sich stärker differenzierenden und interessenpolitisch veränderten Gesellschaft. Nennen wir es eine zunehmende Partikularisierung.

Oder wie Liessmann schreibt und den Verlust der Bindungen an frühere Parteien begründet: *„Der Verlust dieser Bindungen führt nicht nur zur Bildung wechselnder Identitäten, sondern auch zur Suche nach anderen, oft reaktivierten alten Bindungen und freiwilligen oder auferlegten neuen Identitätszuschreibungen.“*

Die heute forcierte Identitätspolitik stärkt auf der einen Seite ethnische, soziale und andere Minderheiten, beschleunigt aber auf der anderen Seite die Fragmentierung der Gesellschaft, die sich zunehmend angestrengter darüber verständigen muss, was das allen Gemeinsame nun eigentlich sei“ (S. 28).

Identität als sichtbarer und behaupteter Ausdruck von Individualisierung, Selbststilisierung und -behauptung, gleichzeitig aber auch Hindernis zur Verständigung bezüglich überindividueller, sozialer, politischer bis hin zu weltpolitischen Problemen? Da leuchtet bei oder mit Liessmann einiges ein.

Denkt man nun den und mit dem österreichischen Philosophen weiter, dann imaginiert man beinahe vorrevolutionäre Zeiten. Oder träumt sich in vergangene zurück. Etwa in das Zeitalter der Aufklärung, in der ein Standesdenken durch ein Gleichheitsdenken abgelöst wurde – man schaue nur auf die ersten Verfassungen

der Neuzeit in den USA oder Frankreich, die genau diesen Paradigmenwechsel in ihren Präambeln festschrieben.

So begründet es auch Liessmann: „Diese Idee setzte einen Universalismus voraus, der in einer von Immanuel Kant (dazu auch lesenswert die Kapitel ‚Cancel Culture und Krise der Sprache‘ oder ‚Die Krise der Meinungsfreiheit‘ – J.J.) prägnant formulierten Einsicht wurzelt: Das Wesen der menschlichen Vernunft besteht darin, sich an die Stelle eines jeden anderen denken zu können“ (S. 28).

Hier setzt heutzutage die vom Autor beschriebene Fragmentierung der Gesellschaften westlicher Prägung ein, die eher von Überindividualismus, Identität und Distinktionsbedürfnis gezeichnet sind. Progressiv-universalistische Ideen? Fehlanzeige. Stattdessen erfahren rechte Strömungen und Ideologeme mehr und mehr Zustimmung, die diesen aufklärerischen Universalismus pervertieren und in Nationalismus und diffuses

„Volksgemeinschaftsdenken“ verdrehen und der enttäuschten Wählerschaft in Zeiten von Sozial- und Wohlstandsabbau andrehen wollen. (Am Ende finden sich alle Individualist:innen bei eigenem Versagen in einer gleichgeschalteten Gesellschaft wieder, möchte man ironisch hinzufügen; dazu lesenswert auch Liessmanns Kapitel „Die Krise der Hoffnung im Angesicht der Apokalypse“.)

Abschließend-versöhnlich und (zweck-)optimistisch: Was nun?“ von Konrad Paul Liessmann ist in diesem Sinne, im Geiste einer Aufklärungs-Renaissance, kein ratloser Seufzer, sondern eine weitsichtige (utopische?) Forderung. Der Untertitel – Eine Philosophie der Krise – meint nicht das Ausbuchstabieren von Befindlichkeiten, sondern die Rückgewinnung eines Denkens, das Entscheidung für ein gemeinsames, lebbares Leben für eine Mehrheit im Land wieder für zumutbar hält. Und aus der Krise vielleicht eine Chance für die Demokratie werden lässt.



Der Schnitt als Urteil: Zwischen den getrennten Fäden liegt der Moment der Krise, in dem sich entscheidet, ob ein Gemeinsames neu geknüpft wird oder weiter auseinanderdriftet.



Der Angeklagte Lukas H. (26, r.) beim Prozessbeginn neben seinem Anwalt Ingo Stolzenburg

PROZESS AM LANDGERICHT

Vergewaltigung im Rosental

Landgericht schickt Serientäter für elf Jahre in Haft.

Von Lucas Böhme

Die Höhe der Strafe war nicht überraschend, schien ihn aber dennoch geschockt zu haben. Bei der fast einstündigen Urteilsbegründung vergrub er jedenfalls sein Gesicht in den Händen: Nach einer Reihe brutaler sexueller Übergriffe in Leipzig während der Jahre 2016 und -17 wurde der erst 2025 gefasste Täter am Mittwochmittag durch das Landgericht zu insgesamt elf Jahren Haft verurteilt. Besonders die Vergewaltigung und Misshandlung einer 69-jährigen Joggerin im Leipziger Rosental hatte seinerzeit überregional für Entsetzen gesorgt.

Marcus L. ist schuldig unter anderem der besonders schweren Vergewaltigung,

besonders schweren sexuellen Nötigung und gefährlichen Körperverletzung, muss für insgesamt elf Jahre ins Gefängnis: Dieses Urteil verkündete die 6. Strafkammer des Landgerichts Leipzig am Mittwochnachmittag.

Für das Gericht war eindeutig erwiesen, dass der 34-jährige Mann für eine Reihe an Übergriffen auf Frauen unterschiedlichen Alters verantwortlich ist, die sich teils mit größerem Abstand zwischen April 2016 und August 2017 in Leipzig ereigneten.

Brutale Serie an Übergriffen

Alles begann am 20. April 2016, als Marcus L. laut Urteil eine nackt badende Frau

(damals 37) am Nordstrand des Cospudener Sees angriff und intim berührte. Ähnlich hemmungslos und brutal ging der zuletzt im Management tätige Mann am 1. März 2017 vor, indem er eine 59-Jährige auf ihrem Nachhauseweg in der Bernburger Straße gegen 21:45 Uhr durch Faustschläge zu Boden stieß, teilweise entkleidete und an ihr manipulierte, ehe er aufgrund eines drohenden Eingreifens von Zeugen die Flucht antrat.

Zudem soll Marcus L. am frühen Morgen des 14. August 2017 im Rosental gegen 06:30 Uhr einer 43 Jahre alten Joggerin, die gerade wegen Magenschmerzen innehielt, von hinten an den Intimbereich gefasst und nur 30 Minuten später eine Seniorin



Foto: Lucas Böhme

(82) unsittlich berührt haben, die er zuvor zu Boden gerissen hatte.

Besonders die letzte, dem Angeklagten zugeordnete Tat hatte nicht nur die Stadt Leipzig schockiert: Am 31. August 2017 war eine Läuferin (69) gegen 09:20 Uhr unweit vom Zooschaufenster des Rosentals plötzlich von hinten gepackt, zu Boden gestoßen, auf die Wiese gezogen, durch Tritte und Schläge malträtirt worden. Dann soll der Angreifer sein Opfer vergewaltigt haben, ehe er es hilflos zurückließ. Die Seniorin wurde potenziell lebensbedrohlich verletzt und notoperiert.

Überfallene Joggerin hatte das Laufen nach schwerer Krankheit für sich entdeckt

Die Kammer hob in ihrer Urteilsbegründung die außerordentliche Brutalität der Tat hervor: „Im Gesicht war so ziemlich alles kaputt“, fasste die Vorsitzende Richter Katrin Seidel das schockierende Verletzungsbild bei der letzten Tat zusammen.

Die Geschädigte sei eine zierliche Person, die seinerzeit nach einer schweren

Erkrankung auf ärztlichen Rat das Laufen für sich entdeckt hatte, durch den Übergriff aber körperlich und psychisch auch mehr als acht Jahre später noch immer eingeschränkt sei. Das gelte auch für die anderen Opfer, die durch die Taten ins Unglück gestürzt wurden. Sie alle hatten vor Gericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit ihre Zeugenaussagen getätigt

Marcus L. selbst hatte sich weitgehend geständig eingelassen, allerdings den schwerwiegenden Vergewaltigungsvorwurf bestritten: Es habe demnach nur einen körperlichen Übergriff gegeben. Er sprach in einem Entschuldigungsbrief von Scham angesichts seiner der Taten, angeblich konsumierten Pillen, einer schwierigen Lebensphase und einem Kontrollverlust. Dies solle das Geschehene erklären, nichtentschuldigen, so der junge Familienvater.

Gefasst wurde er im Frühjahr 2025, nachdem er versucht hatte, Grillzubehör in einem Baumarkt zu stehlen. Eine Speichelprobe brachte zur Überraschung der Ermittler, die jahrelang ergebnislos

das Phantom gejagt hatten, eine Übereinstimmung mit Spuren der bis dato unaufgeklärten Sexualdelikte.

Verteidigung hat Revision eingelegt

Verurteilt wurde Marcus L. am Mittwoch auch für das Abtreten eines PKW-Außenspiegels sowie den Diebstahl von Badeutensilien am Schladitzer See. Bizarr: Auf einem BH wurden später seine Spermapuren gesichert.

Anzeichen für eine verminderte Schuldfähigkeit beim Angeklagten wurden nicht erkannt. Das Strafmaß von elf Jahren entsprach dem Antrag von Oberstaatsanwalt Christoph Kruczynski. Verteidiger Martin Radowsky hatte insgesamt acht Jahre und neun Monate Haft gefordert. Er hat inzwischen Revision eingelegt.

Fundamentale Kritik hatte der Rechtsanwalt aber auch nicht: „Das Gericht hat ein faires Verfahren geliefert“, betonte der Verteidiger am Ende des Prozesses. „Es wurde ermittelt, was ermittelbar war.“ ■

Die Tageszeitung ohne Volk
www.L-I-Z.de

